

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgen- und abends Ausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“.

Die gebundene Kompartiments- oder deren Raum kostet 15.- Mk., einschließlich Posten- und Klein-Artikel: Das letztgedruckte Wort 2.50 Mk., jedes weitere Wort 1.75 Mk., einschließlich Posten- und Klein-Artikel: Das letztgedruckte Wort 2.- Mk., jedes weitere Wort 1.50 Mk.

Verlags- und Druckerei Zentrum 152 50-153 28

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Wer verhindert den Arbeiter-Weltkongress?

Die von der Internationalen Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Parteien geborene Idee, das internationale Proletariat zu einheitlichen Aktionen gegen die reaktionären Mächte des internationalen Kapitals zusammenzuführen, wurde von den Kommunisten zunächst eifrig angenommen. Die Rechtssozialisten standen dieser Idee von vornherein innerlich ablehnend gegenüber.

Vor und während der Konferenz von Genua hatten die Kommunisten als Beauftragte der russischen Regierung ein Interesse daran, alle Mittel anzuwenden, um auf die Regierungen einen Druck auszuüben, die mit Russland wegen einer internationalen Anleihe und wegen Aufnahme wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen verhandeln.

Wir selbst bemühten uns darum, den Arbeiter-Weltkongress so rasch wie möglich aufzustandzubringen. Wir waren auch durchaus dafür, daß dieser Weltkongress noch während der Konferenz von Genua tagen sollte. Und zwar, um die Interessen der Proletarier aller Länder zu vertreten, unabhängig von jeder direkten oder indirekten Verbindung mit der Politik der Regierungen.

Der Arbeiter-Weltkongress konnte nicht einberufen werden. Die Rechtssozialisten türmten Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten. Sie wollten, daß sich die Kommunisten zuerst verpflichten sollten, den Terror in Russland ein Ende zu machen, die Zersplitterungsarbeit in den sozialistischen Parteien und in den Gewerkschaften einzustellen und für Ordnung und Einheit der Bolschewisten beherrschte Staaten das Recht der Selbstbestimmung zuzugestehen.

Wir haben davor gewarnt, die Frage der gemeinsamen Aktionen um brennende aktuelle Forderungen, wie Schutz der Arbeiter vor Lohnkürzungen, vor Angriffen auf den Achtstundentag und das Koalitionsrecht vor neuen Steuerlasten und anderer reaktionärer Umtriebe der Kapitalisten, mit allen möglichen anderen Fragen sozialistischer Grundzüge zu belasten.

Den Kommunisten lag nichts mehr an dem Arbeiter-Weltkongress, nachdem der Burgfriedenspakt zwischen dem bolschewistischen Russland und den Entente-Staaten abgeschlossen war. Die kommunistischen Arbeiter werden aus begreiflichen Gründen über das Verhältnis zwischen der kommunistischen Bewegung und der bolschewistischen Regierung Russlands von ihren Führern im Unklaren gehalten.

Die Kommunisten konnten die vielen Schwierigkeiten, die von den Rechtssozialisten und den Kommunisten auf den Weg gewälzt wurden, der zum Arbeiter-Weltkongress führen sollte. Sie sahen mit uns an einem Tisch und verfolgten unsere Bemühungen, die Schwierigkeiten fortzuklären. Anstatt uns darin zu unterstützen, rollten sie selbst immer neue Schwierigkeiten auf den Weg. Anstatt das Näherkommen der sozialistischen Parteien fördern zu helfen, verschärften die Bolschewisten nach der Konferenz der drei Exekutiven in Berlin ihren Terror gegen Sozialisten, feigerten sie ihre Beschlüsse an.

In England, in Frankreich und in anderen Ländern machten die Kommunisten keinen Hehl daraus, daß für sie die Forderung eines Arbeiter-Weltkongresses nur ein Schlagwort sei zur „Eulorierung“ und Auflage gegen andere und daß sie nicht davon ablassen könnten, die sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu zertrümmern.

Sinowjew hatte angeordnet, daß die Kommunisten in der Reunionskommission ultimativ die sofortige Einberufung des Arbeiter-Weltkongresses verlangen sollte. Die Kommunisten waren sich darüber klar, daß die Erfüllung ihres Ultimatus nicht im Bereich menschlicher Kräfte lag. Aber gerade das war ihnen recht. Sie wollten nur einen Vorwand haben, um die Reunionskommission zu sprengen und sich eine neue Gelegenheit zum Kampf gegen die Kapitalisten (?) — — bewahren, gegen die sozialistischen Parteien zu schaffen. So wollte es Sinowjew, als Beauftragter der bolschewistischen Regierung.

Um allen Eventualitäten vorzubeugen, hatte Sinowjew weiter verfügt, daß die Kommunisten alle Lösungen preisgeben sollten, die sich auf die Verteidigung der Sowjetmacht beziehen. Wäre der Arbeiter-Weltkongress wider alle Annahme und trotz aller Sabotage der Kommunisten und der Rechtssozialisten doch zustandgekommen, dann sollte er wenigstens nicht über das „russische Problem“ verhandeln. Dafür haben die Bolschewisten jetzt die Konferenz mit den Entente-Staaten im Haag.

So mußte es kommen, wie es gekommen ist: Die Reunionskommission wurde von den Rechtssozialisten und von den Kommunisten gesprengt.

Die Wiener Arbeitergemeinschaft hat sich ohne jede Hintergedanken um die Herstellung der proletarischen Einheitsfront bemüht. Sie wird sich auch in Zukunft durch keine Schwierigkeiten entmutigen, durch keine Treibereien bezirren lassen und an ihrer geschichtlichen Aufgabe festhalten, die Proletarier aller Länder zu sammeln für den Kampf um den Sozialismus.

## Die Sitzung der Reunionskommission

Am 23. Mai 1922 hat im Reichstagsgebäude in Berlin auf Grund des Beschlusses der Berliner internationalen Konferenz vom 5. April eine Sitzung der Reunions-Organisationskommission stattgefunden. Es war vertreten die zweite Internationale durch MacDonald (England), Wauters (Belgien), Weiss (Deutschland), die dritte Internationale durch Hedert und Jettin (Deutschland) und Hadel (Russland). Die J.A.S.P. durch Adler (Österreich), Brade (Frankreich) und Grippin (Deutschland). In Vorsitzenden wurden bestimmt: Adler Wauters und Jettin. Jeder Delegation wurde das Recht gegeben, einen Uebersetzer und einen Sekretär anzusetzen.

In formaler Beziehung wurde der Beschluß gefaßt, bei dieser Tagung nur schriftliche Äußerungen von außenstehenden Korporationen entgegenzunehmen, jedoch keine Deputationen zu empfangen. Weiter legte Model der Kommission die Akten betreffend der Bedingungen, die an seinen Aufenthalt in Deutschland geknüpft wurden, vor. In Verhandlung der eigenlichen Aufgaben, die dem Reunionskomitee von der Berliner Konferenz zugewiesen wurden, gab MacDonald für die zweite Internationale, Hadel für die dritte Internationale und Adler für die J.A.S.P. Erklärungen ab. Die

## Deklaration der Delegation der J.A.S.P.

durch die die ganze Lage in der Reunionskommission gekennzeichnet wurde, lautet: Wir stellen fest, daß die Exekutive der I.A.S.P. von der am 15. Januar d. J. die Initiative zur Einberufung einer allgemeinen internationalen Konferenz ausgingen ist, freizig und geschlossen geblieben ist, alle Bemühungen aufzuwenden, um die Hindernisse, die sich der allgemeinen Konferenz entgegenstellten, zu überwinden. Wir sind auch weiterhin der Auffassung, daß die Aufgabe der J.A.S.P. in keiner Weise erschwert ist, daß wir vielmehr in den Umständen entsprechenden Formen unsere Anstrengungen fortsetzen werden, um eine allgemeine internationale Arbeiterkonferenz und die internationale Einheit der Aktionen zustandzubringen. Aber so einig die Exekutive der J.A.S.P. in dieser ihrer Arbeit ist, so müssen wir leider konstatieren, daß diese Einigkeit im Rahmen der beiden anderen Exekutiven nicht vorhanden ist, daß die inneren Schwierigkeiten in den Exeku-

tiven der Zweiten und Dritten Internationale die Lösung der Probleme erschweren und die Hindernisse, die einer allgemeinen internationalen Konferenz entgegenstehen, vergrößern.

Diese Hindernisse gehen in erster Linie von den Rechtssozialisten in Deutschland und von den Kommunisten in Frankreich aus. Aus den Äußerungen des Zentralorgans der S.P.D., des „Vorwärts“, geht ein ganz offensichtlicher Widerstand gegen den Zusammentritt eines Weltarbeiterkongresses hervor. Aber auch innerhalb des Rahmens der Dritten Internationale sind unzweifelhaft Tendenzen erkennbar, die darauf hinarbeiten, die Vorarbeiten für den internationalen Arbeiterkongress im Augenblick unvollständig zu lassen. Wir erinnern daran, daß der kommunistischen Delegation im Reunionskomitee für ihr Verhalten gelegentlich der Berliner Konferenz der Tadel Venus offen ausgesprochen wurde, und daß dieses Tadelvotum offiziell veröffentlicht wurde. Wir sehen, daß nicht einmal in der A.P.D. volle Einigkeit in dieser Frage besteht, daß, wie die heutige „Note Fabre“ meldet, der Haltung der Berliner Delegierten, die bei der Entgegnung Stimmenthaltung geübt haben, die Billigung ausgesprochen wurde, um damit gegen „überflüssige Schwankungen und unrichtige Zugeständnisse“ zu protestieren. Aber über diese Äußerungen einzelner Vertreter der kommunistischen Internationale reicht an Bedeutung weit hinaus der Artikel, den Sinowjew, der Vorsitzende der kommunistischen Internationale, bereits am 17. Mai, also bereits vor der Tagung der Reunionskommission, geschrieben hat, und den die „Note Fabre“ heute veröffentlicht. In diesem Artikel sagt Sinowjew: „Der Verfall der Reunionskommission wird jeden Kampf in der kommunistischen Internationale um die Einheitsfront nicht schwächen, sondern härten.“ In diesem Satz ist ganz unzweifelhaft ausgesprochen, daß die Einstellung der Tätigkeit der Reunionskommission in diesem Momente von den Kommunisten als einträgliches Ergebnis gemeldet wird. Es sind also Berliner „Vorwärts“ und Berliner „Note Fabre“ in diesem Momente in dem Wunsche einig, der Tätigkeit der Reunionskommission vorläufig ein Ende zu setzen, resp. in diesem Momente ihre eigentliche Tätigkeit nicht beginnen zu lassen. In den Erklärungen der Zweiten und Dritten Internationale, die der Reunionskommission zur Kenntnis gebracht wurden, ist in vorläufigerer Form als in den Zeitungen, aber ganz unzweifelhaft, diese Tendenz erkennbar.

Wir sind diesen Tendenzen gegenüber der Meinung, daß die Berliner Konferenz den Rahmen der Tätigkeit der Reunionskommission viel weiter abgesteckt hat. Nach dem Berliner Beschluß vom 5. April obliegt es der Reunionskommission, die Vorbereitung für weitere Konferenzen der drei Exekutiven sowie für Konferenzen in erweiterten Maßstab unter Heranziehung von Parteien, die keiner der drei internationalen Organisationen angeschlossen sind, zu organisieren. Und damit kommen wir zum springenden Punkt der Schwierigkeiten innerhalb der Dritten Internationale. Die französischen Kommunisten haben sich dagegen verwahrt, daß die Reunionskommission eine dauernde Funktion erfülle. Diesen Schwierigkeiten innerhalb der Dritten Internationale wird Rechnung getragen, indem ihre Berichtler heute erklärten, entweder der Weltkongress findet sofort statt oder die Reunionskommission wird gesprengt. Die Vertreter der J.A.S.P. sind dagegen der Ansicht, daß es im Interesse des Zustandekommens des Weltarbeiterkongresses gelegen ist, die Arbeiten der Reunionskommission mit Ausdauer und Eifer fortzuführen, weil nur auf diesem Wege die Schwierigkeiten, die der gemeinsamen internationalen Aktion entgegenstehen, überwunden werden können. Wir halten die Reunionskommission für ein bestehendes aber notwendiges Organ, um die Vorarbeiten für den Weltarbeiterkongress zu treffen. Wir sind daher der Meinung, daß wir die Aufgabe haben, die Arbeiten der Reunionskommission ernsthaft aufzunehmen und die Schwierigkeiten und Mißverständnisse, die zwischen den einzelnen Delegationen noch bestehen, durch konsequente Fortführung der Verhandlungen zu überwinden. Wir halten die Reunionskommission für eine unbedingte Notwendigkeit, um zu einem Weltkongresse zu kommen. Und auch die kommunistische Delegation ist im Grunde derselben Meinung, wenn sie erklärt: „Sollte es den nichtkommunistischen Arbeitermassen gelingen, diese Änderung der Haltung ihrer Führer herbeizuführen, so wird die Exekutive der kommunistischen Internationale freizig bereit sein, ihre Vertreter von neuem zu einer gemeinsamen Vertretung der drei Exekutiven zu senden.“

So sehr also im Prinzip Einigkeit darüber besteht, daß nur auf dem Wege eines von allen drei Exekutiven einigten Organisationskomitees die Verwirklichung des Weltarbeiterkongresses möglich ist, erkennen wir, daß auf Grund der Deklarationen der Zweiten und der Dritten Internationale es in diesem Moment von diesen unmöglich gemacht wird, die Verhandlungen weiterzuführen. Wir haben keine Abzweiflung, auf die Vertreter der Zweiten und der Dritten Internationale einen Druck auszuüben. Wir können ihre bedauerlichen Erklärungen nur unserer Exekutive zur Kenntnis bringen, aber wir werden den Weg finden, um von seiten der J.A.S.P. den Gedanken des internationalen Arbeiterkongresses und der gemeinsamen internationalen Aktion aus dem Wege zu verdrängen.

In die Erklärungen der Vertreter der drei Delegationen schloß sich eine Reihe tatsächlicher Berichtigungen. Da auf die Frage des Vorsitzenden Adler weder die Vertreter der Zweiten noch der Dritten Internationale sich bereit erklärten, ihre Deklarationen zu modifizieren, konnte er nur feststellen, daß in diesem Momente nichts anderes übrig bleibe, als daß die Delegationen ihren Exekutiven Bericht erstatten. Darauf erklärte Madel, daß die kommunistischen Vertreter von der Moskauer Zentrale die Instruktion haben, ihre Mandate in der Rennerkommission niederzulegen.

Damit hat vorläufig die Tätigkeit der Rennerkommission ihren Abschluß gefunden.

Wir fordern die Exekutive der I.A.S.P. auf, die durch das Verhalten der Zweiten und Dritten Internationale geschaffene Lage zu prüfen und ihre Bemühungen zur Herstellung der einheitlichen Aktion des internationalen Proletariats zu verstärken. Zu diesem Zwecke schlagen wir vor, daß möglichst bald eine

### Internationale Konferenz

der der I.A.S.P. angeschlossenen Parteien und jener, die ihren Beitritt zur I.A.S.P. angemeldet haben, stattfinden. Diese internationale Konferenz wird sich ebenso wie die Vierte Internationale Konferenz vom Februar 1921 in den Dienst der Herstellung der internationalen Aktion des Proletariats stellen. Von ihr wird ein neuer Anstoß ausgehen, um das Ziel, das sich die I.A.S.P. gestellt, der Verwirklichung entgegenzuführen.

Die Delegation der I.A.S.P. in der Rennerkommission:  
**Adler Bracke Crispian.**  
Berlin, 28. Mai 1922.

## Kadaw-Kommunismus

### Spiegelarbeit. — Alles für die Einheitsfront.

Aus Danzig wird uns geschrieben: Von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Danzigs war zu Freitag, den 19. Mai, eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Genosse Crispian über Genau und das Proletariat referierte. Die überfüllte Versammlung war auch stark von Kommunisten besucht, die schon während des zweitägigen Referats des Genossen Crispian besonders als er sehr eingehend das russische Problem besprach, ihre Sprengmethoden, allerdings vergeblich, anzuwenden versuchten. Der Parteisekretär der U.S.P. Danzig war schon vorher bekannt geworden, daß diese Versammlung unter allen Umständen von den Kommunisten gesprengt werden sollte. Und zwar hatte die Parteileitung Bericht erhalten, den ein Leutnant aus der Bezirksleitung der kommunistischen Partei Danzigs an eine Behörde weitergegeben hatte. Darin hieß es:

„Crispian-Berlin spricht am Freitag in einer öffentlichen Versammlung der U.S.P. im Vorspielhaus. Wegen des großen Ansehens, das Crispian aus seiner früheren Tätigkeit in Danzig genießt, ist beabsichtigt, die Versammlung unbedingt zu einem Mißerfolg zu führen. Während der Rede Crispians werden die entsprechenden Zwischenrufe erfolgen. Von der Bezirksleitung der U.S.P. wird ein Korreferent bestellt und eine Resolution wird der Versammlung unterbreitet. Das Schlusswort Crispians wird unter Umständen durch Abzingen der Internationale unmöglich gemacht.“

Nach dem hier skizzierten Plane wurde gehandelt. Der kommunistische Parteisekretär Klinger versuchte vergeblich, in seinem Korreferat Crispians Ausführungen zu widerlegen, und als dann dem Genossen Crispian das Schlusswort erteilt wurde, setzte ein müder Kadaw ein. Von den Kommunisten wurde die Abstimmung über ihre Resolution vor dem Schlusswort verlangt, die neben der Forderung eines Weltkongresses und der Einheitsfront auch eine Beschimpfung der Internationalen Arbeiter-Gemeinschaft sozialistischer Parteien enthielt. Als der Versammlungsleiter nun von dem Kommunisten Klinger forderte daß er die beschimpfenden Worte aus der Resolution streichen sollte, lehnte er das ab. Er wachte nicht an der Resolution zu ändern die ihm in Schreibmaschinen-schrift offenbar von einer „höheren Stelle“ zugeschickt worden war. Das Schlusswort Crispians wurde denn auch tatsächlich durch Schreien und Schimpfen und durch Abzingen der Internationale gestört und die Versammlung schließlich gesprengt.

Das ist die Taktik der Danziger Kommunisten zur Herbeiführung der Einheitsfront. Bemerkenswert ist auch, daß vor 14 Tagen die Kommunisten auf ihrem Parteitag alle namhaften Führer bei der Wahl zur Bezirksleitung abgestimmten und an deren Stelle Anhänger der kommunistischen Arbeitergemeinschaft in die Bezirksleitung der U.S.P. Danzig gewählt.

Diese kommunistische Kadawtaktik ist die Frucht des Zusammenbruchs der kommunistischen Bewegung Danzigs. Der kommunistische Klinger hat übrigens nach der Versammlung selbst gehandelt, daß die Crispianversammlung unter allen Umständen gesprengt werden mußte, damit den kommunistischen Bewegung in Danzig nicht ganz das Lebenslicht ausgeblasen werde. Fragt sich nur, ob der Kadaw ein lebenspendendes Mittel ist.

## Eine Antwort an die K. P. D.

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der K.P.D. hatte auf den gestrigen Abend verschiedene Versammlungen einberufen, um für die Einheitsfront, so wie die Kommunisten sie auffassen, und für den Arbeiter-Weltkongress zu demonstrieren. In dieser Versammlung hatten die Kommunisten in der letzten Stunde auch die in Berlin weilenden Mitglieder der Exekutive der Wiener Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien eingeladen. Diese Einladung beantwortete die Exekutive mit folgendem Schreiben:

Berlin, den 28. Mai 1922.

An den Bezirksverband Berlin-Brandenburg der K.P.D. Berlin.

### Werte Genossen!

Wir erhalten am 28. nachmittags eine vom 28. datierte Einladung Ihrer Organisation zu Versammlungen, die heute abend um 7 Uhr stattfinden und von Ihrer Partei organisiert worden sind. Abgesehen davon, daß wir für diesen Abend bereits eine Konferenz einberufen haben, an der wir unbedingt im Interesse der internationalen Fragen teilzunehmen genötigt sind, glauben wir, daß entweder Kundgebungen gemeinsam von Anbeginn zu organisieren sind, oder aber jede Partei ihre eigenen Kundgebungen organisiert. Der dritte Fall, daß Vertreter einer anderen Partei als Gäste eingeladen werden, entspricht in keiner Weise der proletarischen Gleichberechtigung.

Die Delegation der I.A.S.P. in der Renner-Kommission:  
**Friedrich Adler, Bracke, Crispian.**

## Die Tagung der deutschen Industrie

### „Sie wollen der wirtschaftlichen Wahrheit dienen . . .“

Mit diesen Worten begrüßt das Stimmblatt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die Tagung der deutschen Metallindustriellen in Hamburg. Wir haben bereits gestern auf diese „Wahrheitsdiener“ hingewiesen, die den Nachmittagsabend „einen Augen des allgemeinen Feierabendts am frühen Nachmittags“ begehen. — Die gestrigen Reden atmeten denselben Geist der „Wahrheit“. Sie waren nicht weiter, als eine Unterstützungsfaktion zur Erlangung einer amerikanischen Anleihe. Der reiche Onkel Amerika wurde recht artig pöffert, denn eine Sanierung Europas ohne aktive Beteiligung Amerikas sei unmöglich. Das eifrige Eintreten der deutschen Industriellen für eine Auslandsanleihe findet seinen Grund in der Aussicht auf die damit verbundenen Gewinnmöglichkeiten der deutschen Unternehmer. Der Redner Warburg sprach das in seinem Referat über „die deutschen und internationalen Finanzprobleme“ ziemlich überhüllt aus, indem er sagte: „Um die Anleihe reizvoll (1) zu gestalten, müßten zu der Sicherheit noch Steuerprivilegien kommen. Die Anleihe müßte nicht nur in Deutschland frei von der Kapitalertrag-, Einkommen- und Erbschaftsteuer sein, es sei auch zu hoffen, daß die geldgebenden Länder eine gewisse Steuerfreiheit gewähren.“

Neben diesen Aussichten auf Steuerprivilegien bietet die Anleihe auch gewisse Aussichten in Bezug auf die Gestalt der Zwangsanleihe. Warburg meinte:

„Zu überlegen sei, ob man nicht die internationale Anleihe mit der Zwangsanleihe in Zusammenhang bringen solle. Der Vorteil einer solchen Kombination würde sein, daß von vornherein das deutsche Kapital zu dem Erfolg der internationalen Anleihe in erheblichem Maße beitragen würde.“

Daneben forderte der Redner auch in Verbindung mit der Auslandsanleihe „eine Ablösung des im Ausland beschlagnahmten deutschen Privatigentums“.

Und schließlich macht eine Anleihe nach den Ansichten der Industriellen die beabsichtigte Ablieferung der Auslandsbesitztümer und damit auch die Kontrolle des Außenhandels überflüssig.

Der Staat müsse aber auch die Maßnahmen vermeiden, die dazu führen, die Auslandsbesitztümer im inneren Verkehr einzubürgern, wie es durch die Vorschriften der Außenhandelsstellen geschehe. Ganz unglücklich sei die beabsichtigte Ablieferung der Ausfuhrbesitztümer, die nicht möglich sei, ohne daß gleichzeitig der Export selbst stark eingeschränkt werde. Es sei eine Selbsttäuschung zu glauben, daß mit der Exportbesitztümerablieferung eine Schonung der Valuta verbunden sei.

Wenn sich die deutschen Industriellen so sehr für eine Anleihe einsetzen, so denken sie aber bei weitem noch nicht daran, die damit verknüpften Garantien zu übernehmen. Das überlassen diese wahrheitsdienenden Vaterlandsfreunde jetzt anderen:

Die Anleihe müsse eine Laufzeit von 20 bis 30 Jahren haben, und die ausländischen Staats- und Rentenbanken müßten sich bereit erklären, die internationale deutsche Anleihe zu lombardieren.

So also dienen die deutschen Industriellen der wirtschaftlichen Wahrheit, indem sie alle Kosten des Wiederaufbaues von sich abzuschießen versuchen, legen indes auf die arbeitende Bevölkerung. Das mit diesem Programm der menschliche Teil des Produktionsapparates und die Kaufkraft der Bevölkerung gerade zum Schaden der Wirtschaft immer schlechter wird, diese Wahrheit scheint den deutschen Unternehmern nicht eingefallen zu sein.

## Die Spiegelfeuchte

Ein weiterer Spiegel, der der Entente falsche Berichte liefert, ist in der Person eines Polen namens Franz Jendrichowski im Rheinland abgesetzt worden. Er machte es genau wie der Bergholz, nur mit dem Unterschied, daß dieser der sogenannten nationalen Presse Berichte über angeblich kommunistische und revolutionäre Armeen lieferte, die dann zu Schwindelnachrichten über kommunistische Pläne „verarbeitet“ wurden, während Jendrichowski der Entente Angaben über heimliche Werbungen für ein preußisches Militärkorps im unbesetzten Rheinland und in Westfalen machte. Die Reichspresse fiel auf den Schwindel des Bergholz freiz herein und zahlte obendrein dafür. Wie weit die Entente auf den Jendrichowski hereingefallen ist, und ob und wie seine Berichte bezichtigt hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Auf jeden Fall wurde er prozessiert und vom Gericht in Bochum zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Der Fall würde keinen weiteren Anlaß zu einer Erdreinerung bieten, wenn nicht gewisse Organe den Fall Jendrichowski nach Pharisäerart auszuschlachten versuchten. Hierzu liegt für die sogenannten nationalen Zeitungen ebensowenig Anlaß vor wie für die deutsche Behörden überhaupt. Denn es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß das alte System sich in ausgiebigster Weise auf Spiegel stützte, und daß Demunziationen und falsche Beschuldigungen, ja selbst Vorbereitungen zu verbrecherischen Handlungen durch Spiegel unter dem wilhelminischen Regime an der Tagesordnung waren. Besonders des Diktatorums bedienten sich die heute vor Entrüstung über die Fälle Anspach und Jendrichowski tiefredenden Kreise ebenso gern wie ausgiebig. Es gibt keine Niedertracht und keine Dummerei, vom Menschenraub bis zum Dynamitverbrechen, deren sich die deutschen offiziellen und nichtoffiziellen Spiegel nicht bedienen hätten. Und ein gutes Teil dieses Gesindel ist von der Republik übernommen worden und leistet unter sozialistischen Ministern und Kommissaren für Sicherheit und Ordnung der Republik die gleichen verwerflichen Dienste wie früher dem alten System. Ja, das Gesindel ist zu allerhand Vertrauensstellungen aufgerückt, und des Vertrauens unserer heutigen „Staatsmänner“ ist es ebenso gewiß wie ehemals.

## Ein teures Nachspiel zum Rapp-Butsch

Au denienigen Orten, in denen sich das Militär am rückwärtigsten auf die Seite der Rapp-Banden gestellt hat, gehört Kottbus. Am zweiten Tage nach dem Beginn des Rapp-Butsch übernahm dortselbst der Garnisonälteste Major Buchrucker, aus eigener Wahnvollkommenheit die vollstehende Gewalt. Durch das Verhalten dieses Kapittans kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen dem kappistischen Militär und der republikanischen Zivilbevölkerung, in deren Verlauf es eine Reihe Toier und Verwundeter gab. Auf Grund seines angemessenen Amtes ent-

landte Buchrucker eine Patrouille von 8 Mann unter Rappschweibel Wilde in die Druckerai unserer Partei „Freier Volkswille“. Dort hausten die Soldaten wie die Wilden. Die Tür, die in die Druckerai führte, wurde zertrümmert. Es wurden mehrere Sandoratanen in die kostbaren Maschinen der Druckerai geworfen, trotzdem die Maschinen wurden völlig zertrümmert und es entstand unseren Kottbusser Parteigenossen ein Schaden von mehr als 300 000 Mark. Die Genossen machten den Schaden auf Grund des Zuminftschadenrechtes bei dem auf Grund dieses Gesetzes in Kottbus eingeschlichen Ausschuss geltend, wurden jedoch von diesem Ausschuss mit der geradezu unalaublichen Begründung abgewiesen, daß kein Fall „offener Gewalt“ vorläge, wie es das Zuminftschadenrechtes verlangte. Wegen diese Entscheidung, die sich der reaktionären Praxis, welcher die meisten Zuminftschadenschüsse huldigen, würdig anfühlte, erhob Genosse Dr. Siegfried Weinbera Beschwerde beim Reichswirtschaftsgericht. Dieses hat nunmehr nach einsehender Verhandlung die merkwürdige Entscheidung des Ausschusses aufgehoben und den Anspruch des Grunde nach für berechtigt erklärt. Wegen der Höhe des Anspruches ist die Sache zur weiteren Verhandlung an den Ausschuss verwiesen worden.

Die Steuerzahler mögen sich bei Buchrucker und seinen Getreuen dafür bedanken, daß sie für die Sünden dieser Kapittanen aufkommen haben.

## Es ist erreicht

### Die große Koalition in Braunschweig.

Ungeachtet der scharfen Stellungnahme rechtssozialistischer Parteiorganisationen Braunschweigs gegen die so genannte große Koalition und ungeachtet der deutlichen Absage rechtssozialistischer Kreise bei den kürzlichen Wahlen in Wolfenbüttel gegen solche Experimente — die Rechtssozialisten hätten mehr als ein Drittel ihrer Stimmen ein — haben die J.S.P. und Genossen nunmehr doch den Block mit den Demokraten und der Deutschen Volkspartei geschlossen und die große Koalition gebildet. Ministerpräsident soll der rechtssozialistische Rechtsanwalt Jasper werden. Neben ihm wird die S.P.D. durch Steinbrecher in der Regierung vertreten sein, während die Demokraten Rönneburg und die Deutsche Volkspartei Kaefer in die Regierung delegieren. Den bisherigen Minister Antrick haben die Rechtssozialisten fallen lassen. Die neue Koalition ist im Landtag durch 3 Abgeordnete vertreten, die Opposition durch 27.

Durch die Braunschweiger „Lösung“ haben die Rechtssozialisten dem Kranze ihrer Schandtat ein neues Blatt eingesägt.

## Ist Hindenburg noch aktiv?

Es ist endlich an der Zeit, das Militär-Verhältnis des alten Herrn Hindenburg zu klären. Ist der Mann eigentlich noch aktiv, z. B., a. D. oder was sonst?

Alle paar Tage liegt man in der bürgerlichen Presse der „Generalfeldmarschall“ sei hier aufgetaucht, dort durchgeföhren, sonstwo abgestiegen, und immer heißt es, er sei von der einen oder der anderen Reichswehr-Abteilung abgeholt, begrüßt, empfangen worden usw.

Erst am 19. Mai wieder traf er in Swinemünde ein, um eine „Erfahrt“ zu machen. Die bekannte unübersehbare Menschenmenge war, am „Rahubal“, zusammengestrommelt und jubelte den alten Mann, der in seiner sprichwörtlichen Bescheidenheit von Huldigungen gar nichts wissen will. Hindenburg nahm die „Weldung“ des Garnison-Kommandanten entgegen, schritt die Front der Ehren-Kompagnie ab, wurde am „Kaiserbollwerk“ von weiteren Tellen der Garnison, der Marine, von Abordnungen usw. begrüßt, hielt die berühmte kurze Ansprache und ging dann an Bord des Dampfers „Hertha“, die endlich — selbstverständlich unter den Klängen der Militärmusik — in See fuhr.

Bei der Ankunft in Ostpreußen wurde Hindenburg in kompletter Generalfeldmarschalluniform wieder von einer Ehren-Kompagnie der Reichswehr in Empfang genommen und von General v. Daffel, dem Befehlshaber des 1. Wehrkreises, begeistert begrüßt. Nachdem er im Kasino auf Regierungskosten getafelt hatte, setzte er sich ins Auto (vermutlich einen Militärkraftwagen) und fuhr davon. Er will ein paar Wochen in Ostpreußen bleiben. Wenn's Glück gut ist, wiederholt sich dieser Ausflug auf der Rückreise in ungekehrter Reihenfolge.

Wir aber fragen unterdessen: Was hat das eigentlich zu bedeuten? Unzweifelhaft ist Hindenburg verabschiedet und hat er keinerlei Anspruch auf derartige Empfänge, deren Kosten doch schließlich vom deutschen Steuerzahler getragen werden. Oder sollte Hindenburg tatsächlich noch immer aktiver Offizier sein?

## Beratungen über Hilfe an Deutschland

Paris, 28. Mai.  
Dienstag wurde unter dem Vorsitz des belgischen Vertreters in der Reparationskommission Delacroix ein europäischer amerikanischer Finanzausschuss zusammengetreten, um die Mittel zu prüfen, die Deutschland beifügen sollen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Konsultationen werden verlauden, sich über die Bedingungen zu einigen, unter denen es möglich ist, Deutschland die pekuniäre Hilfe zu bringen, deren es bedarf.

## Waffenfunde in einem Oldenburger See

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)  
Bremen, den 28. Mai

Am vergangenen Sonntag unternahm eine Abteilung des Wandervereins Naturfreunde aus der Umgebung Bremen einen Ausflug nach der im Oldenburgerischen gelegenen Stiller-Heide. Als die Naturfreunde in einem nahe dem Drie Moortich gelegenen See ein Bad nahmen, waren sie recht erstaunt, auf dem Grunde des Sees Waffen zu finden. Zuerst wurde ein Infanteriegewehr, Modell 08 am das Tageslicht befördert, aber nach einigem Suchen beförderten die Wandernden etwa 15 Infanteriegewehre, Maschinengewehrverschüsse, Gasmasken, Kriechspitolen usw. in großer Mengeutage. Die Waffen waren trotz ihres eigenartigen Verfalls im besten Zustande, denn sie waren mit einer sehr niedrigen Schicht Fett präpariert. Als die Anzeile auf der Bremer Polizei erhalten wurde, bemühte sich diese nicht sofort nachzuforschen, sondern suchte sich damit auszureden, daß sie in diesem Gebiete nicht zuständig sei.

# Um den Achtstundentag

## Eine Debatte im Reichstag

Der gesamte Bürgerblock, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, hegte bei der gestrigen Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums im Reichstag gegen den Achtstundentag. Und sie konnten sich zum Teil bei dieser Hege berufen auf das Urteil rechtssozialistischer Koalitionsgenossen, die mit ihnen einig sind in der Gegnerschaft gegen den Achtstundentag. Dieser Meute gegenüber unternahm es unser Genosse Simon-Franken, die Angriffe auf den Achtstundentag ebenso energisch wie geschickt abzuwehren und das Zerrbild zu zerstören, das die Gegenseite von den geringen Leistungen der deutschen Arbeiter und ihrer „Schuld“ an der heutigen Misere entworfen hatte. Mit Recht stellte er fest, daß die deutschen Arbeiter nicht nur fleißiger arbeiten als ihre Kollegen in irgendeinem anderen Lande, sondern daß sie auch trotz ihres Fleißes erbarmlischer als irgendwo sonst entlohnt werden.

Hatte die Arbeiterkammer im allgemeinen in Genossen Simon einen warmen und sachverständigen Fürsprecher gefunden, so gilt dies nicht minder von der Genossin Wurm, die sich der Lehrlinge annahm und die Zustände gerade auf dem Gebiete des Lehrlingswesens kennzeichnete.

## Sitzungsbericht

Sitzung vom Dienstag, den 8. Mai.

Vizepräsident Vell eröffnet die Sitzung 11 Uhr 15 Minuten.

Nach Erledigung kleiner Anfragen wird die Beratung des Haushaltes des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt.

### Abg. Simon-Franken (USP.):

geht auf die Interpellation über

das Lehrlingswesen

ein. Während des Krieges und auch noch in den Jahren 1919 und 1920 sind in den einzelnen Berufen sehr wenig, in einigen sogar keine Lehrlinge eingestellt worden. Das Handwerk geht immer mehr und mehr zurück, nur wenige Firmen noch eine Existenz im handwerksmäßigen Betrieb finden. Die jungen Leute wenden sich nicht Berufen zu, die ihnen später keine Existenz bieten können. Im Schuh- und Berggewerbe sind im Jahre 1921 in 40 000 Betrieben 400 000 Lehrlinge eingestellt gewesen. Eine große Anzahl der Meister beschäftigt 1, 2, 3 Lehrlinge. Sie sind nicht in der Lage, sie auszubilden, sondern diese Lehrlinge werden mit Anfertigung von Reparaturen beschäftigt und zu neuen Arbeiten überhaupt nicht herangezogen. Wir wollen, daß im Interesse der Jugend, der Lehrlingsausbildung und dem Lehrlingslohn ein größeres Augenmerk angewendet wird. Die Lehrverträge dürfen nicht mehr zwischen den Lehrlingen, resp. ihren Eltern und dem Lehrherrn abgeschlossen werden, sondern die Lehrverträge und ihre Bedingungen müssen in Urkunden festgelegt werden. Die Frage die Regierung an, wo bleibt das Lehrlingsgesetz? Ich verstehe die Schwierigkeit nicht, die dem Wirtschaftsministerium in seinen Bestrebungen im Wege stehen. Das Wirtschaftsministerium ist das Wiederanknahmeministerium. Der Wiederanknahmeministerium ist die deutsche Wirtschaft läßt sich aber nicht umbringen. Ueberzeugung ohne tieferer Eingriffe in die privatrechtliche Wirtschaft nicht durchzuführen. Hier verfahren die bürgerlichen Parteien. Alle diesbezüglichen, sehr vorläufigen Maßnahmen des Wirtschaftsministeriums werden von diesem Hause sabotiert.

Wir hören von der Rechten immer die Worte: Geht uns die freie Wirtschaft für die Industrie und die Landwirtschaft, kann hat Deutschland nicht nur genügend Ware, sondern die Preise dieser Waren werden auch mäßig sein! Welche Folgen haben diese Bestrebungen schon gehabt? In fast allen Artikeln auf fast allen Gebieten haben wir entweder die Weltmarktpreise schon erreicht oder sind ihnen nahe. Das trifft nicht nur auf die Erzeugnisse zu, zu deren Herstellung wir die Rohstoffe aus dem Auslande benötigen, sondern auch auf jene, wo wir die Rohstoffe in Deutschland gewinnen.

Die Preise unserer Produkte steigen automatisch mit dem Dollar. Wenn der Dollar steigt und die Markt sinkt, gehen die Preise für alle Artikel in die Höhe. Trifft aber eine Senkung des Dollars ein, dann gehen die Preise nicht etwa zurück, sondern sie bleiben an ihrer einmal erreichten Höhe stehen. Die Folge dieser Preisbewegung ist

ein immer härteres Sinken des Reallohnes.

Was die Preissteigerung das 60-80fache der Vorkriegszeit beträgt, ist der Lohn nur in sehr wenigen Berufen um mehr als das 2fache, in sehr vielen Berufen aber nicht einmal auf das 2fache gekommen, ganz abgesehen von den Invaliden-, Unfall- und Altersrenten, die nicht einmal das 10-15fache erreicht haben. Wir nähern uns mit riesigen Schritten einer allgemainen Wirtschaftskrise. Wir haben es jetzt mit einem Massenverkauf Deutschlands zu tun, an dem kapitalistische Ausländer und zahlungsunfähige Deutsche beteiligt sind. Die Nachbarstaaten führen allerlei Mittel ein, um sich vor der Auswanderung ihres Marktes durch die billigen deutschen Produkte zu schützen und um der

### Arbeitslosigkeit im eigenen Lande

vorzubeugen. Jetzt offenbart sich all der Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaft. Man ist bestrebt, den Wechselkurs zu stabilisieren. Eine solche Stabilisierung, gleichviel, wie hoch die Marktkurse, würde einerseits einen großen Vorteil bedeuten. Und doch wissen wir auf der anderen Seite, daß in dem Augenblick, wo dieser Zustand eintreten würde, die deutsche Arbeiterschaft durch ein Meer von Elend gehen würde, weil ein Stillstand des gesamten Wirtschaftslebens kommen würde.

Welches Rezept aber haben die Herren von der Rechten, um aus all dem Elend herauszukommen? Der Abg. Hammer hat es gestern gesagt: Die Verlängerung der Arbeitszeit. Man will die deutschen Arbeiter verleben, auf den Achtstundentag zu verzichten, indem man die unwahre Behauptung aufstellt, daß in den andern Ländern länger als acht Stunden gearbeitet wird. Ebenso gehen die Unternehmer in den andern europäischen Ländern vor. Würde in Deutschland länger als acht Stunden gearbeitet, so geschähe das auch im Auslande und dann dürfen in Deutschland nicht 10, sondern es müßten 12 Stunden gearbeitet werden. Die Unternehmer glauben, daß die Arbeiter durch die längere Arbeitszeit zu selbstbewußt werden.

Der Anecht ist, soll Anecht bleiben!

Sie dürfen aber nicht darüber im Zweifel sein, daß die Arbeiter sich am Achtstundentag nicht lassen lassen. Sie

würden den schärfsten wirtschaftlichen Kampf herausbeschwören, wenn Sie die Ueberbreitung des Achtstundentages erzwingen wollten. Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie hängt nicht vom Achtstundentag ab.

In keinem Land wird so fleißig und so intensiv gearbeitet wie in Deutschland.

Wo die Arbeitsleistung zurückgegangen ist, sind die Gründe andere als die verkürzte Arbeitszeit. In einer Reihe von Berufen ist die Leistungsfähigkeit trotz der kurzen Arbeitszeit über die Arbeitsleistung der Vorkriegszeit hinausgegangen. Wenn Männer, wie Cohen-Reuch, Lindemann und Kaliski, sich noch „Sozialisten“ nennen, zu dem Ausdruck gekommen sind, man müsse vom Achtstundentag Abstand nehmen, so stehen sie mit ihrer Auffassung ganz allein. In der Metallindustrie tobt ein gewaltiger Kampf wegen der Verlängerung der Arbeitszeit. Der durch die Aussperrungen erlittene Arbeitsverlust kann durch ein paar Jahre Mehrarbeit nicht wettgemacht werden. In der Revolution haben die Unternehmer, die damals wachswuch waren, bezüglich der verkürzten Arbeitszeit viel mehr Zugeständnisse gemacht. Das Fördern einer verlängerten Arbeitszeit ist nicht unbedingt notwendig, sondern lediglich der Machtstandpunkt der Unternehmer.

Wir lesen täglich von den

### Riesengewinnen der Industrie.

Der Redner geht dann ausführlich auf die ungeheuren Gewinne der Aktiengesellschaften ein. Ein unhaltbarer Zustand liegt darin, daß die Angelegenheiten des Großhandels und der Sägegewerke dem Ernährungsministerium übertrauen wurden. Die interessierten Kreise haben um Abhilfe gebeten. Es muß gefordert werden, daß dieses wichtige Gebiet dem Reichswirtschaftsministerium angegliedert wird. Die Abwanderung von 5000 Bergarbeitern aus dem Ruhrgebiet ist eine höchst bedenkliche Erscheinung. Sie zeigt uns, daß wir den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter, die ständig dem Tode ins Auge schauen, eine viel größere Beachtung schenken müssen. Der Minister hat schon Wort gefunden. Er hat gesagt, man müsse den Bergarbeitern höhere Löhne und längere Arbeitszeiten geben. Kennt er nicht das Arbeitszeitgesetz, das dem Reichstag vorliegt? Dieser Entwurf sieht im direkten Widerspruch zu dem, was der Reichswirtschaftsminister angekündigt hat. Die Landwirtschaft begrüßt die Teuerung ihrer Produkte mit dem Hinweis auf die Preissteigerung des künstlichen Düngers. Die Landwirte sehen nicht den hohen Preis, den sie erhalten, sondern nur das, was sie ausgeben müssen.

Wir tanzen auf einem Vulkan. Es ist den Arbeitern schon genau versprochen worden von 1918-1920. Nichts aber ist gehalten worden. Wir warnen Sie (nach rechts). Wenn Sie immer nur versprechen und Ihr Versprechen nicht einlösen, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn die kommenden Ereignisse über Sie hinweggehen werden. (Stromo bei den USP.)

Abg. Goldmeier (DBP.): Der achtstündige Arbeitstag darf nicht schematisch durchgeführt werden, es muß eine Differenzierung zwischen den Leicht- und den Schwerarbeitern eingeführt werden.

Abg. Wieland (Dem.): Unsere Vertreter in Genua befinden sich in einer äußerst schwierigen Lage. Der Erfolg von Genua liegt in den Kommissionen, in welchen Handelsverträge auf der Grundlage der Meistbegünstigungen und Gegenseitigkeit als notwendig anerkannt werden.

Abg. Rothhaus (Nrr.): Wer kümmert sich heute um die deutsche Wirtschaft? Die Syndikate und Kartelle stehen mit der größten Machtlosigkeit seit der Zeit der Blockade im Krieg vor. Da muß eingeschritten werden.

Abg. Höllein (RPD.): Die Massen müssen auf dem Plan erscheinen und die Konsequenzen ziehen, die der Minister Schmidt aus seinen Feststellungen zu ziehen sich nicht erlaubt hat. Die Forderungen zur Erhaltung der Erwerbshöhen werden ausschließlich von den nichtbesitzenden Schichten getragen. In Deutschland ist das Lebensniveau so tief gesunken, daß jeder weitere Abbau ein Absterben der Arbeiterschaft bedeutet. Der deutsche Staat kann nicht unternehmen gegen die Besitzer der Samwerte.

Damit ist die Generaldebatte erledigt. — In der Spezialdebatte bei Beratung der mit dem Etat verbundenen bürgerlichen Interpellation geht der Abg. Hübner (Din.) auf das Lehrlingswesen und die Notwendigkeit zur strengen Erziehung unserer verwahrlosten Jugend ein. Wenn 1918 nicht größere Schäden anerkannt werden könnten, dann ist das einzia und allein das Verdienst des deutschen Mittelstandes und insbesondere des Handwerkes.

Staatssekretär Dirls (in Beantwortung der Interpellation): Ein Geies über das Lehrlingswesen ist in Vorbereitung. Es soll den Versuch machen, als Maßnahmen das an eine Lehrlingswesen im Dandel, in der Industrie, in der Landwirtschaft und auch in der Hauswirtschaft zu erstatten. Dieser Vorschlag soll den beruflichen Vertretern das Recht übertragen, die zur Lehrlingsausbildung geeigneten Betriebe auszuwählen. Ein Lehrverhältnis ist nicht nur ein Arbeitsverhältnis, sondern auch eine erzieherische Beeinflussung. Diese erzieherische Beeinflussung muß über der heutigen Enghörigkeit entsprechen. Mit dem fürberühenden Nichtausrückrecht der Lehrherren wird der Entwurf aufzuklären.

In der Debatte über die Interpellation, in der die Bürgerlichen nur die Interessen der Lehrherren vertreten, und die Lehrlinge nur als Hilfskräfte für die Meister betrachten, fährt

### Frau Abg. Wurm (USP.)

aus: Die Vertreter der Interessen der Innungsmeister und die Innungsmeister halten das Lehrlingswesen einfach für ihre Angelegenheit. Nach Ihrer Einleitung ist die Bildung der Lehrlinge nur dazu da, um die Innungsmeister zu erhalten, nicht aber, um für das Wohl der Allgemeinheit beizutragen. Wir halten die Lehrlingsausbildung für von weitergehender Bedeutung, wir halten sie für einen Teil unserer Volkswirtschaft und für den wichtigsten Faktor unserer zukünftigen Arbeitsleistung. Die Lehrlinge wie alle Arbeiter sind dazu berufen, unsere Wirtschaft zu heben. Wenn wir konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt sein wollen, müssen wir in Deutschland gute Arbeitsleistungen erzeugen. Die Interpellation will nichts anderes, als die überlebten Verhältnisse erhalten. Vor einigen Tagen bei der Beratung des Reichsarbeitsministeriums haben wir unseren Standpunkt zur Ausbildung der Lehrlinge und zum Schutz der Lehrlinge ausführlich dargelegt. In dem Vorschlagsentwurf, den baldigt vorzulegen der Staatssekretär versprochen hat, müssen die Forderungen des Reichsausschusses der Arbeiterjugend-Organisationen, die diese mit den Gewerkschaften wiederholt gestellt haben, berücksichtigt werden. Bezüglich der Regelung des Lehrlingswesens in der Hauswirtschaft, durch diesen Vorschlagsentwurf sind wir außerordentlich mitgetragen. Wir betrachten diese Angelegenheit hauptsächlich

als eine Sache der Schulen, wir werden jedoch abwarten, was der Entwurf über die Ausbildung der hauswirtschaftlichen Lehrlinge bringen wird. Wir fordern auch weiterhin

### die Einlegung von Berufskommissionen und tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge.

Die Körperliche Züchtigung ist nicht mehr zeitgemäß. Wenn sie noch immer von den Lehrherren angewandt wird, so beweist das eben nur, daß das, was wir ein Erziehungsverhältnis nennen, ein längst überlebtes einseitiges Verhältnis ist.

Solange die für die Lehrlinge keine Liebe und kein Verständnis haben, wird der Lehrling den Meister immer als Feind betrachten. Der Mangel an Lehrlingen in den Kleinstbetrieben ist auch auf diese Tatsache zurückzuführen. Weil sie behandelt werden wie Ausgebentele

und nicht wie Kinder des Hauses, deswegen wollen die Jugendlichen nicht hinein in den Kleinstbetriebsbetrieb. Die Grobbleibe, bei denen das Arbeitsverhältnis der Lehrlinge geregelt ist, haben nicht über Mangel an jungen Kräften zu klagen. Sie erhalten die Lehrlinge durch die Berufskämmer zugeführt und suchen sich durch ihre psychotechnischen Einrichtungen die geeigneten Kräfte aus.

Die Interpellation will den Lehrling am liebsten noch in gewerkschaftlichen Schutz nehmen. Ohne diesen sind sie allerdings der Willkür der Meister ganz und gar in die Hand gegeben. Wir halten daran fest, was wir auch schon in unserer Entschließung zum Reichsarbeitsministerium ausgedrückt haben, daß den Jugendlichen das Recht auf die Zusammenführung in den Gewerkschaften gegeben werden muß. Wir glauben nicht an die Zuklosigkeit unserer Jugend, wir sind vielmehr davon überzeugt, daß in ihr ein guter Geist lebt. Sie drängt von selbst dazu, etwas zu lernen, sie kann das allerdings nur im modernen, technisch vollkommenen Betrieb. Wir hoffen, daß die Jugend uns dazu verbeissen wird, wieder aufzubauen, was durch den Krieg zerstört worden ist. Wir schließen die Interpellation ab. (Stromo bei den USP.)

Nach Erledigung einer ganzen Reihe von Titeln des Etats verläßt sich das Haus auf Mittwoch 11 Uhr, Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Reichswirtschaftsministeriums, Beratung sämtlicher noch nicht erledigter Etats.

## Die Arbeiten des Reichstags

Am Dienstag beriet der Reichstagenrat über die Geschäftslage des Reichstags. Freitag und Sonnabend wird der Etat beendet werden. Die bis jetzt aus den Haushaltsberatungen zurückgestellten Abstimmungen finden am Sonnabend nachmittags 3 Uhr statt. Der Auswärtige Ausschuss wird am Freitag und Sonnabend Stellung nehmen zu Genoa und Paris, da der Finanzminister Borms erst Donnerstag abend nach Berlin zurückkommt. Am kommenden Montag wird mit der wichtigsten politischen Debatte über die Konferenz von Genoa begonnen werden können.

## Einfuhr als Wucherzucht

Einer Meldung des B.T.B. zufolge hat das Reichswirtschaftsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Einfuhr von Auslandszucker bis auf weiteres freigegeben und den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung erlaubt, die Zollstellen zu ermächtigen, die Einfuhr von Roh- und Verbrauchszucker sofort ohne besondere Einfuhrbewilligung zuzulassen.

Das ist der Segen der freien Wirtschaft. Die inländische Zuckerindustrie arbeitet mit Wühnen, die nur einen Bruchteil der Weltmarktpreise ausmachen. Deffenungeachtet trieb man die Preise derart in die Höhe, daß nur in der Einfuhr von Auslandszucker Rettung vor der Auszehrung gegeben wird. Trotz der unverrichteten Preise ist aber bis heute Zucker für den Haushalt kaum zu haben, obwohl er in ungeheuren Mengen aufgestapelt liegt. Die Preise waren den Zuckerwuchern immer noch nicht hoch genug. Daran mag man auch ersehen, was der auf Lohn- und Gehaltsleistungen angewiesenen Bevölkerung harzt, wenn es den Agrariern gelingt, jezt auch die „freie Wirtschaft“ auf dem Getreidemarkt durchzuführen.

## Kongress für alkoholfreie Jugenderziehung

Der Kongress, über den wir am Sonnabend eingehend berichteten, wurde am Sonntag mit einer langen Reihe von Begrüßungsreden eröffnet. Unter den Rednern war auch Dr. Holtscher, deutsch-sozialistischer Mitglied des tschechoslowakischen Parlaments. Auf das Wirken des Genossen Dr. Holtscher ist es zurückzuführen, daß in der Tschechoslowakei vor kurzem ein Gesetz angenommen wurde, wonach geistige Getränke an Jugendliche unter 18 Jahren nicht verabreicht werden dürfen. (Es sind Lichtbilder-Ausweise eingeführt, aus denen das Alter des Legitimierten hervorgeht.) Prof. Dr. Songo aus Wien (Soziald.), Vertreter des österreichischen Unterrichtsministeriums, konnte darauf hinweisen, daß Österreich ein gleiches Verbot bekommen hat, bei dem die Altersgrenze allerdings auf 16 Jahre festgesetzt wurde.

Am Montag kam auch Reichsjustizminister Dr. Mad-bruch als Vertreter der Regierung zu Wort und er wies u. a. darauf hin, daß in dem Entwurf zum langst fälligen Schankstätten-Gesetz der Jugendschutz nicht vergessen ist. Die Frage wird nur sein, welche Altersgrenze Deutschland schließlich einsetzt. Der Marburger Universitätsprofessor Dr. Tuzcek hält als Mediziner die vollständige Enthaltsamkeit vom Alkohol bis zum 21. Lebensjahre für geboten. Gen. Kagenstein (SPD.) will diese wissenschaftliche Aeußerung auf die Form eines Antrags bringen, der sich zur gesetzgeberischen Verädigung eignet. — Universitätsprofessor Dr. Barth aus Leipzig hob rühmend hervor, daß die Arbeiterjugend der Studentenschaft im Kampf gegen Alkohol und Alkoholkonsum den Rang abgelaufen hat.

Am Dienstag behandelte Frau Oberschulrat Dr. Wagscheider (SPD.) die Frage der alkoholfreien Jugenderziehung durch das Haus. Lehrer Lemme (SPD.) aus Nordhausen sprach über Alkohol, Volks- und Mittelschulen, Gen. Davidsohn über die Mitarbeit der Elternbeiträge im Kampf gegen den Alkohol, Prl. Bohmann (SPD.) über Wanderversität und sonstige Lehrgänge, Bürgermeister Dr. Caspari (SPD.) über den Kampf gegen den Alkohol durch Reich, Staat und Gemeinden. Außerdem kamen eine Reihe hervorragender Fachleute (Stadtschulrat Dr. Buchenau, Fortbildungsschuldirektor Dreher, Fortbildungsschullehrer Dr. Barthauf, für die höhere Schule Dr. Strehler) zu Wort. Auch Kirchenvertreter der 3 Hauptkonfessionen griffen ein.

Am Mittwoch wird die Jugend selbst ihre Vertreter ins Treffen stellen für den Verband sozialistischer Abteilungen soll Gen. Seger sprechen.



### Schuldfrage und Münchener Fälschungsprozess

Von Albert Winter.

Es ist eine bedauerliche Erscheinung in der deutschen sozialistischen Bewegung, daß die Schuldfrage seit Beendigung des Krieges und seit der Revolution nicht mehr die Beachtung findet, die sie verlangt und verdient. Ganz anders bei den ehemaligen Trägern des kaiserlichen Regimes! Bei ihnen rückt die Schuldfrage mehr und mehr in den Vordergrund nicht nur der Betrachtung sondern auch der Politik. Sie, denen Moral Gebuda war, haßten nach jedem moralischen Argument und nicht um die Entente, sondern um die republikanische Staatsform ins Unrecht zu setzen. Um das alte Regime in ein milderes Licht zu rücken, muß es in den Augen der dem Frieden geneigten Volksmassen als friedliebend allewege dargestellt werden. Wenn dies auch dem Wesen der kaiserlichen Politik und ihrer neudeutschen Klopfflechter schnurstracks zuwiderläuft.

Demgegenüber legt man in sozialistischen Kreisen Deutschlands eine kräftige Gleichgültigkeit an den Tag. Die Schuldfrage ist gewissermaßen eine quantité négligeable. Das rührt von einer allzu mechanischen Betrachtung ökonomischer Vorgänge her, die sich im Gefolge der Populärwissenschaftlichen Lehren leider eingestellt hat. Dabei ist vollkommen die Tatsache verloren gegangen, daß gerade Karl Marx am intensivsten damit beschäftigt war, den Myriaden der internationalen Diplomatie nachzuspüren.

Das Interesse an außenpolitischen Vorgängen und damit die Bestimmung auf Karl Marx erwachte in der deutschen Sozialdemokratie wieder, als der Weltkrieg über sie und das ahnungslose deutsche Volk wie eine schreckbare Katastrophe hereingebrochen war.

In der Sozialdemokratie entstanden die schwersten Differenzen, weil sich ein Teil der Partei mit der damals so einfachen Behandlung der Schuldfrage nicht zufriedengeben konnte, sondern versuchte, die Mysterien der kaiserlichen Diplomatie aufzuhellen. Die diplomatischen Aktionen, die den Knoten zum fürchtbarsten aller Kriege schürzten, sind eben nichts Nebenächliches, sondern der getreueste Ausdruck bestimmter Gesellschaftszustände, politischer Systeme, Wirtschaftsverfassungen und Kulturen. Die Diplomatie ist der Seismograph, der die Bewegungen sozialer, politischer und geistiger Erdbeben anzeigt. Die Diplomatie ist daher, marxistisch gesprochen, der sicherste Reflex einer auf ökonomische Bedeutung der Schuldfrage, weil die Verantwortlichen des alten Regimes im Bewußtsein der Volksmassen den Charakter ihrer Kriegspolitik verfälschen wollen, um damit die Republik anzugreifen. Dies alles war auch vom Standpunkt der Altdeutschen der Sinn des Münchener Fälschungsprozesses. Seine Ausmünzung ist natürlich nur eine Frage von Machtverhältnissen in der deutschen Presse, denn was an Tatsächlichem in der Schuldfrage vorgebracht wurde, ist nur eine weitere Belastung des wilhelminischen Regimes.

Um so mehr klammern sich unsere alldeutschen Marxschreiber, und nicht nur diese — wie das Beispiel von Professor Delbrück zeigt — an das Urteil eines naturgemäß besangenen Gerichtes. Man müsse solange von einer Fälschung Eisners reden und schreiben, bis die Ohren der Entente nicht mehr laus sind. Dieser Meinung des Professors Gohmann entspricht die Tendenz des Münchener Urteils vollständig. Jeder, der in Zukunft eine Veröffentlichung als Fälschung bezeichnet, die nicht in den Aram des alldeutschen Kampfes gegen die Schuldfrage paßt, handelt in Wahrung berechtigter persönlicher Interessen. Wenn er deswegen zum Morde hegt, bekommt er wegen „ablenkender Rede“ eine Geldstrafe von 500 Mark, wobei ihm noch zugute ge-

halten wird, daß er in einer berechtigten Empörung gehandelt hat. Wenn man in einem Brief zur Ablenkung der Wahrheit auffordert und darauf mit einem verständnisvollen Augurenlächeln antwortet, dann bekommt man das gerichtliche Urteil angesetzt, daß man „zur Steuer der Wahrheit“ einen „Irrtum berichtigt“ habe. Wenn es sich um „nationale Interessen“ handelt, dann sind „Rüszungen“, d. h. Fälschungen im Sinne der Coss-Männer zulässig, sagte Prof. Dr. Fischer im Münchener Prozeß aus. Auf solchen Grunde, der schwarz zu weiß macht, will Professor Delbrück eine Einheitsfront gegen die „Schuldfrage“, obwohl er selbst als schweren Fehler der kaiserlichen Politik bezeichnet die unhumane Behandlung der nationalen Minderheiten in Deutschland, den Bau der Dreabnoughts, die alldeutschen „Nebenarten“ und — last not least — die Kriegsverlängerung. Daß aber die Politik der Kriegsverlängerung mit der Politik im Juli 1914 in innigstem Zusammenhang steht, will Delbrück nicht zugeben. Seiner Meinung nach gibt es vier Urheber des Krieges, den Großfürsten Nikolai, Iswolski, Paleologue und Poincaré. Bei ihm sind die Staatsmänner der Mittelmächte gar in den Chor der Engel aufgenommen. Die Herstellung der nationalen Einheitsfront soll also auf der Grundlage des Kampfes gegen die „Schuldfrage“ erfolgen. Und dazu soll der Münchener Prozeß, in dem Eisner geschlachtet wurde, den Weg gebahnt haben, wie es in der deutschen Presse fast einstimmig heißt. Wahrlich, ein selbstbewußter Ausdruck. — Nur fürchten wir, daß es beim Ausdruck bleibt, wenn man die Leute, Argumente und Motive betrachtet, die hinter ihm stehen.

Das Münchener Schöffengericht hat also „festgestellt“, daß Deutschland den Weltkrieg nicht gewollt hat und daß der Privatkläger ebenso wie sein Anwalt Dr. Löwenfeld die These von der deutschen „Alleinschuld“ nicht mehr vertreten. Bekanntlich hat ja auch Karl Kaustky das Beständnis gemacht, daß er nach dem Studieren der deutschen Akten nicht mehr die Auffassung habe, daß Deutschland planmäßig auf den Weltkrieg hingearbeitet habe. An diese Feststellungen klammern sich nun mit Jubel gerade jene Kreise, die Karten und Druckschriften über die Erweiterung des deutschen Machtbereiches hergestellt haben. Einen grimmigeren Lohn kann es wohl nicht geben. Man denke: Heinrich Clah und Professor Gohmann mit dem Delbrück des Friedens, den sie vorgeben, nicht erst seit dem Münchener Prozeß, sondern schon seit dem Ultimatum an Serbien zu tragen. Ein Professor Gohmann, der um das Schicksal der deutschen Arbeiter eintretet und heute an der Spitze im Kampf gegen die „Schuldfrage“ steht. Das deutsche Volk hat noch nicht genug politisches Urteil, um solchen Widersinn von vornherein abzulehnen. So kann sich das widerlichste Possenspiel in der deutschen Öffentlichkeit breit machen, und zwar auf Kosten des Fälschers „Eisner“.

Ansonsten sind Verträge und Akten für die Alldeutschen aller Parteilichungen ein festes Papier. Heute nach ihrem weltgeschichtlichen Zusammenstoß suchen sie mit wahrer vollendeter Pedanterie aus den Akten die Schuld der anderen zu beweisen. Daß bei diesem Bestreben unsere „anerkannt objektiven“ Sachverständigen mit Herz und Seele mittun, ist nach der Entwicklung in Deutschland seit der glücklichen Revolution selbstverständlich. Die Objektivität der jüngsten Wissenschaft war in Deutschland ja wie etwas anderes als eine Objektivität, mit der sie sich den gegebenen Machtverhältnissen anpaßte. Insofern ist die Entwicklung mancher Sachverständigen im Münchener Prozeß, so des ehemaligen Divisionärs Graf Montgelas, ein Gradmesser für das Erstarken der wirtschaftlichen und politischen Reaktion in Deutschland, obwohl sich Graf Montgelas dagegen verwahren wird, ein Reaktionär zu sein. Aber die Geschichte

und die Sachverständigen im Münchener Prozeß haben ihre eigene Logik.

Der Münchener Prozeß soll in seinen Ergebnissen so durchschlagend sein, daß er die erste Bresche in die Schuldfrage von Versailles und damit in den Versailler Vertrag selbst legt! Das wäre allerdings eine weittragende Wirkung, wenn ein Münchener Schöffengericht zu einer solchen Tat imstande wäre, und wenn das Urteil dieses Gerichts und die Aussagen der Sachverständigen für die übrige Welt außerhalb Potsdams maßgebend sein würde. Das ist es nur in der Einbildung jener Leute, die um ihrer zerkrümmerten, schimmernden Wehr willen einen ungeheuren Aufwand vertun, um eine Bresche in die Grundlage der Republik zu schlagen. Unvorsichtigerweise hat das Münchener deutschnationale Blatt ganz offen diese Folgerung aus dem Prozeß gezogen, so daß es selbst von Herrn Gohmann zurückgewiesen wurde, dem die alldeutsche Fälschung eben so plump erschien, wie den Berliner Regierungsstellen jener Passus des Dementis des Grafen Hertling, in dem er schrieb, daß er nicht mehr ermitteln könne, ob er überhaupt eine Unterredung mit dem französischen Gesandten nötig gehabt habe!

An sich wäre es durchaus zu begrüßen, wenn ernsthaftes neues Material über die Schuldfrage einem internationalen Forum vorgelegt werden könnte, nicht auf dem Wege einer polternden Jahrmärktspropaganda, sondern auf dem Wege der stillen und kritisch prüfenden Sammlung, und zwar durch Persönlichkeiten, die nicht in den Verdacht kommen können, alldeutsche Interessen zu vertreten. Durch die jetzige Propaganda des Kampfes gegen die „Schuldfrage“ wählen wir nur Stimmungen im Ausland auf, die, wenn es die Heeren Alldeutschen wollen, in einen neuen Zustand der Kriegspsychose führen, der uns vollends in den Abgrund reißen könnte. Hier muß also von einwandfreien Männern vorstellig und mit der schärfsten Kritik zu Werke gegangen werden. Es ist ja nicht so, als wenn die Ueberzeugung der Welt von der Kriegsschuld der Mittelmächte nicht so fest fundamentiert wäre, daß sie durch scheinbar das Gegenteil beweisende Akten erschüttert werden könnte. Aus Akten kann man verschieden es beweisen, weil sie nie vollständig sind, und weil jeder mit einem anderen Interesse studiert.

Ueber das ernsthafte neue Material, das vorliegt, kann man sehr verschiedener Meinung sein. Insbesondere die Verurteilung darauf, daß, wie die „Deutschen Dokumente“ zeigen, Kaiser Wilhelm und sein Stivillanzler Bethmann-Hollweg, drei Tage lang auf dem Papier gegen die Wiener Politik mit allen möglichen Vorbehalten aufmachten, um dann mit voller Kraft in den frisch-fröhlichen Krieg hineinzustürzen, kann auch nur als ein Zeichen der Ohnmacht gegenüber der Militärpartei angesehen werden. Denn niemand in der Welt wird glauben, daß die Oesterreicher jeden Vermittlungsvorschlag ablehnten, ohne bei dieser Ablehnung der Unterstützung von Berlin sicher zu sein. Die Entente wird an den „Deutschen Dokumenten“ weiter mit Leichtigkeit nachweisen können, daß Deutschland durch sein Ultimatum an Rußland am 11. Juli 1914 die letzten Vermittlungsaktionen gescheitert hat. Es wird ihr auch ein Beleg sein, die Planmäßigkeit der deutschen Kriegspolitik festzustellen. So kann demnach die Schuldfrage nicht gelöst werden, weil sie von den Vertretern des alten Deutschland nur benutzt wird, um einen vergangenen Zustand zu rekonstruieren. Die Folge eines solchen Vorgehens ist das schärfste Mißtrauen der Entente, wodurch eine objektive Klärung der Schuldfrage vollends unmöglich wird.

Man wird drüber sagen: Mehr als der Spruch des Gerichts gilt uns die Tatsache, daß das Berliner Auswärtige Amt den Fürsten Bichnowski vom Dienstgeheimnis nicht entbunden hat, daß bei Ausbruch der bane-

### Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Ungültig autorisierte Uebersetzung von August Scholz. Amerikanisches Copyright 1918 by Alstein & Co., Berlin

(79. Fortsetzung.)

Um zu dieser Einsicht zu gelangen, mußte ich viele schwere Jahre durchleben, gar vieles in meiner Seele zerbrechen und aus meinem Gedächtnis austilgen. In neuen Tagen jedoch, als ich inmitten der trostlos langweiligen, herzlosen Wirklichkeit zum erstenmal jenen Lehrern des Lebens begegnete, erschienen sie mir als Männer von hoher sittlicher Kraft, als die edelsten Menschen auf Erden. Fast jeder von ihnen hatte vor Gericht gestanden oder im Kerker gefesselt, war aus verschiedenen Städten ausgewiesen worden und mit den Sträflingen den Etappenweg gegangen. Alle führten sie das versteckte, vorsichtige Leben der Verfolgten.

Ich bemerkte indes, daß, so sehr diese Greise auch über die „geistige Bedrückung“ durch die Rikontaner klagten, sie doch auch selbst einander ganz gern ein klein wenig bedrückten. Hatte der einäugige Pachomij bei weitem eine Eins über den Durst getrunken, so begann er mit seinem in der Tat ganz erstaunlichen Gedächtnis zu prahlen. Einzelne Bücher kannte er, wie manche Juden den Talmud, „nach dem Finger“ auswendig; er steckte aus Geratwohl den Finger zwischen die Seiten des Buches, und bei dem Worte, auf das sein Finger hingewies, begann er mit seiner weichen, näselnden Stimme den Text auswendig herzusagen. Er blickt dabei freis zur Erde, und sein einziges Auge irrt unruhig über den Fußboden, als wenn er etwas sehr Kostbares, das er verloren hat, suchte. Am häufigsten zeigte er dieses Kunststück an einem Buche des Fürsten Michajel mit dem Titel „Der russische Weinstock“. Sehr genau wußte er in den Vielgeduldigen und tapfer ertragenen Leiden der höchst bewundernswerten und mannhafteu Märtyrer“ Bescheid. Peter Wassilitsch suchte ihn jedesmal auf einem Irrtum zu ertappen:

„Lüge nicht! Das ist nicht mit dem gottseligen Siprikan, dem Armen im Geiste, geschehen, sondern mit Denis dem Reichen...“

„Was für ein Denis? Dionysij heißt es...“

„Braucht dich nicht so genau ans Wort zu halten!“

„Und du gibst mir keine guten Lehren!“

Im nächsten Augenblick schrien sie sich zornfunkelnd an und schrien auseinander los:

„Dauhdienner du, schamloser Mensch! Seht doch, was für einen Wanst er sich angemäht hat!“

„Und du bist ein geiler Lüstling, ein Boß, ein Schürzenjäger!“ erwiderte Pachomij, und es klang, als ob er die Ausdrücke auf der Rechenmaschine abzählte.

Der Kommiss stand da, die Hände in den Ärmeln, grinste höhnisch und hegte die Hüter der alten Frömmigkeit wie kleine Jungen aufeinander:

„Recht so — o! Immer gib's ihm ordentlich, hähä!“

Einmal kam es sogar zu einer Prügelei. Peter Wassilitsch schlug ganz unerwartet den Genossen auf die Wacke, daß dieser die Flucht ergriff.

„Nun hast du die Sünde auf dich geladen!“ rief er ihm nach, während er sich den Schweiß von der Stirn wischte. „Hast meine Hand zum Unrecht verführt, Ver-ruchter — psui über dich!“

Mit Vorliebe machte er seinen Genossen den Vorwurf, sie seien nicht fest genug im Glauben und neigten bedenklich zur Irrlehre der „Berneiner“).

„Dieser Alexander ist es, der euch allen die Köpfe verdreht!“ sagte er. „Ein schöner Hahn, der da zu krähen begann!“

Die Lehre der „Berneiner“ brachte ihn in Zorn und jagte ihm offenbar auch Angst ein, auf die Frage jedoch, worauf sie eigentlich hinauslaufe, gab er eine ziemlich unklare Antwort.

„Die Lehre der „Berneiner“, sagte er, „ist die schlimmste Ketzerei, sie beruht auf dem bloßen Verstande und nicht auf Gott. Die Kosaken, hör ich, sollen an gar nichts mehr glauben außer an die Bibel, und die Bibel haben sie von den Deutschen in Scharatow, von Luther, über den geschrieben steht: „Sein Name“ bedeutet soviel wie der Grausame, der Bütterich. Man nennt die Berneiner auch „Windbeutel“ oder „Stun-

\*) „Metotsoj“, „Metotoschschina“, eine Sekte der Allgäubigen, die behauptet, seit Alton sei die Gnade Gottes und die Kraft der Sakramente für die Menschheit verlorengegangen, und der Antichrist habe die Welt Herrschaft angetreten.

\*\*) Von „Ljuzj“, grausam, gemeinlich.

disten“, und sie alle stammen vom Westen her, von den dortigen Ketzern.“

Er stampfte mit dem verkrümmelten Fuße auf und sagte kalt und hart:

„Diese Leute sollte die Kirche neuer Ordnung mit Brand und Zerstörung verfolgen und nicht uns, denn wir sind von Urzeiten her Russen, unser Glaube ist der wahre östliche, eingewurzelt russische Glaube, und was jene bekennen, kommt alles vom Westen, verruchte Freidenkerei ist es. Was kann uns von Deutschen und Franzosen wohl Gutes kommen? Wie sie damals im Jahre Zwölf bei uns in Rußland waren...“

Wenn er so, von seinem Thema fortgerissen, mir einen Vortrag hielt, vergaß er ganz, daß er einen Knaben sich gegenüber hatte, sah zu mit kräftiger Hand in meinen Gurt, zog mich an sich und stieß mich wieder zurück und redete dabei mit jugendlichem Feuer und heller Begeisterung.

„Es irrt der menschliche Geist wie ein Wolf im Dickicht seiner Erdichtungen umher und foltert nach Satans Gebot die Seele, die Gott dem Menschen geschenkt hat. Was haben sie nicht ausgetüftelt, diese Novizen des Teufels! Die Bogomilen, von denen alle Berneiner sich herleiten, lehren, daß Satan der Sohn Gottes sei, der ältere Bruder Christi — so weit sind sie gegangen! Sie haben auch gelehrt, man solle der Obrigkeit nicht gehorchen, solle keine Arbeit verrichten und Weib und Kinder verlassen — nichts brauche der Mensch, keine Ordnung des Lebens, vielmehr solle er leben, wie er will, wie der Teufel es ihm eingibt. Jetzt ist dieser Alexander“) wieder aufgetaucht — o, das Gewärm...“

Zuweilen, wenn er so zu mir sprach, gab der Kommiss mir irgendeinen Auftrag — ich ließ dann den Alten stehen und ging an die Arbeit, er aber blieb auf der Galerie und fuhr fort, ins Veere hineinzureden:

„O, ihr unbefähigten Seelen, ihr blindgeborenen Käsechen — wohin soll ich vor euch entfliehen?“ Und dann sah er, den Kopf im Nacken, die Hände auf den Knien, eine ganze Weile schweigend da und schaute mit durchdringendem, unbewegtem Blick zum grauen Winterhimmel auf.

\*) Kosakow von Alexander.

riffen Revolution drei wichtige Originalberichte vernichtet wurden, die sich auf das Ultimatum an Serbien bezogen, und von denen einer der Schönsten Bericht war, der im Ausland durch Eisner der Welt bekannt wurde, und dessen kompromittierende Wirkung man dadurch abzuschwächen sucht, daß man von einer Fälschung Eisners redet.

Man wird im Ausland darauf verweisen, wie die Sachverständigen im Münchener Prozeß jenen Brief des Grafen Verchenfeld vom 9. Dezember 1914 gedeutet haben, in dem an den Grafen Hertling die am 11. Dezember 1914 prompt befolgte Anweisung gegeben wird, dem Ausland gegenüber jede Kenntnis vom Ultimatum an Serbien zu bestreiten.

Ueber solche Tatsachen des Münchener Prozesses lassen sich die Wilder der Entente nicht so leicht hinwegtäuschen wie das deutsche Volk, auch wenn diesmal die Demokraten mitran.

Daß der Sachverständige Montgelas in der Frage des Verchenfeld-Briefes den 78jährigen Grafen Verchenfeld als diplomatische Autorität ansieht, daß Professor Hans Delbrück von dem Nichterkennenwollen des Ultimatus an Serbien als von einer erlaubten List gesprochen hat, das sind die Tatsachen, die man sich im Ausland merkt und nicht denen von Eisner gefärgelten Schönsten Bericht, der nur mit der genialen Sicherheit des Kenners die Eingeweide der neupreußischen Politik bloßgelegt, die immer schon die alte war. Es blieb einem politikinteressierten sozialdemokratischen Politiker in der „Münchener Post“ vorbehalten, den Verfasser vom „Ende des Reichs“ (Eisner), das zu den wenigen wirklich wertvollen wissenschaftlichen Erzeugnissen der sozialistischen Historie gehört, als einen Mann zu bezeichnen, der unter einer fraßhaften geistigen Leitung vielleicht ein guter Novellist geworden wäre.

Die Ehrerrettung des geschmähten Mannes muß gefagt werden, daß er ja gerade in der „Münchener Post“ in glänzender Weise die sozialdemokratische Politik in Bayern vertrat, daß er beim Verfassungskonflikt in Nürnberg über bayerisches Verfassungsrecht schrieb, die ihn nach literarischer Auffassung allerdings zu einem Universitätsprofessor für Verfassungsrecht befähigen! So sieht der Mann aus, der nun in angeblich historischer Weise eine Fälschung begangen haben soll dadurch, daß er deutlich erkennbar aus einem langen Bericht des Herrn von Schön die faule, für ihn nichts würdige Redensart von der Falschmung des „Reiches“ wegließt! Philosophisch sicher keine einwandfreie Methode, die aber den Kern der Wahrheit besser traf, als alle Bienenphilologie. Heute freilich ist die Eisnersche Fälschung nicht nur philologisch anfechtbar, sondern ein attentat auf die dreimal gefälligten Interessen der alten deutschen Vorklassen, die sich seit ihrem ähneren Zusammenbruch im Innern frecher denn je gebärden.

So sehen die Ergebnisse des Münchener Fälschungsprozesses aus: Daß dreitägige Schwanken Wilhelms und seines Zivilkanzlers benutzten die Abenteurer, um ihre ordinäre Macht- und Gewaltpolitik hinter der Maske des Friedens zu verdecken. Es war dies immer schon eine beliebte Methode der preußischen Politik. Die „entimentalen“ deutschen Spießbürger sind immer darauf hineingefallen. Wer diese Tatsache rücksichtslos feststellt, fiel unter Wödrichs Hand: Kurt Eisner. Auch die Republik unterliegt dieser altpreußischen Suggestion. Sie wagt nicht, mit der Höflichkeit ohne Erbarmen auszuräumen. Daß sie ihre Schwäche und kann ihr Verhängnis werden, wenn es den Abenteurern gelingt, die Schuldfrage zu benutzen, um ihre Macht im Innern zu konsolidieren.

Die Abklärung der Schuldfrage im Sinne der Berührung gefährlicher alter Legenden ist also nicht nur eine außenpolitische Angelegenheit, sondern eine geistige und politische Existenzfrage der Republik. Hier muß die Arbeit der Sozialisten einsetzen, soweit sie nicht selbst vom Geist oder besser Ungeist des alten Deutschland verachtet sind. Der Republik muß durch die reinliche Verabschiedung des alten Deutschland ein neuer Geist geschaffen werden. Das war die „Marxepolitik“ des „Phantasten“.

Eisner, der allerdings in Frankreich ein Staatsmann gewesen wäre, was die billige Phrase vom reaktionären Frankreich ins rechte Licht rückt.

## Preussischer Landtag

Sitzung vom Dienstag, den 23. Mai.

Bei der Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes über den Bau des „Groszkraftwerkes Hannover“, treten die Redner der Koalitionsparteien, u. a. auch der Abg. Reinert (Soz.) für die Beteiligung des Privatkapitals an der Errichtung des Groszkraftwerkes Hannover, also gegen den Regierungsentwurf, ein.

Abg. Leib (USP.): Aus der Aussprache geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Interessen der Allgemeinheit mit den Privatinteressen ringen. Im Ausschusse hatten noch die Interessen der Allgemeinheit den Sieg davongetragen. Aber inzwischen haben sich die Bestrebungen verstärkt, die dem Privatkapital einen maßgebenden Einfluß auf das zu errichtende Groszkraftwerk Hannover einzuräumen wollen. Um dieses Ziel zu erreichen, versucht man den Weg der Verschleppung zu gehen. Wir müssen mit aller Deutlichkeit festhalten, daß die Anträge der Koalitionsparteien erhebliche Verschlechterungen des Ausschussbeschlusses darstellen. Es wird klar ausgesprochen, daß dem Privatkapital ein gewisser Einfluß auf das Groszkraftwerk eingeräumt werden soll. Wir beantragen deshalb, aus den Abänderungsanträgen der Koalitionsparteien jene Sätze zu streichen, die eine Beteiligung des Privatkapitals zulassen wollen. (Beifall bei den USP.)

In der nun folgenden Abstimmung wird das Gesetz in zweiter Lesung mit den Abänderungen nach den Anträgen der Koalitionsparteien angenommen.

Die Aussprache über den Haushalt der Justizverwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Meyer-Perford (D. Sp.) hält die jetzige Art der Strafvollstreckung nicht für wesentlich verbesserungsbedürftig.

### Abg. Bod (USP.):

In Magdeburg hat man in vier Prozessen 124 Jahre Gefängnis für Arbeiter ausgesprochen, die die Republik schützen wollten. Als die Arbeiter am 1. Mai 1921 demonstrieren wollten, fanden sie am Morgen am Demonstrationsplatz Handsteine, Säure, Telephonpfähle, Handlader und Paternen schwarz-weiß-rot angepinelt, ebenso die Rednertribüne. (Abg. Biedemann, D. Sp.): Bravo! Herr Abg. Biedemann, wenn Sie als Arbeitersekretär dazu noch Bravo rufen, dann sind Sie ein Renegat der Arbeiterchaft, dann stehen Sie im Solde des Unternehmertums, Sie gelbes Individuum! (Ordnungsruf des Präsidenten.) Ich nehme den Ordnungsruf gern hin, denn

ein Arbeiter, der als Abgeordneter den Kapitalisten Anrechtsdienste leistet, verdient die Verachtung der gesamten Arbeiterchaft.

Wegen der Demonstration in Hundsbürg sind die Arbeiter nur auf Auslöser von Belastungszeugen verurteilt worden. Die von der Verteidigung geladenen Entlastungszeugen wurden vom Staatsanwalt abgelehnt, weil sie am Unmuge teilgenommen hätten. Das ist richterliche „Objektivität“. Die Blut- und Klaffenrichter sitzen sich mit einer gewissen satirischen Wut auf Arbeiter, die vor die Schranken des Gerichtes treten. Sie üben Klassenjustiz im reinsten Sinne des Wortes. Wir hoffen, daß der Tag bald kommen wird, an dem die Arbeiter das Epitome der heutigen Justiz über den Dauen rennen werden. Die Richter wissen nicht, was Hunger anrichten kann. Darum werden Eigentumsvergehen und politische Delikte mit besonderer Schärfe abgeurteilt. Aber andererseits ist es mäßig,

daß ein keimulenes Embryo den Reichspräsidenten einen versoffenen Sattlergesellen nennen darf.

Ein solcher Mann wird noch freigesprochen. Aber in Hundsbürg sind Arbeiter dafür, daß sie monarchistische Fahnen verbrannten, zu Gefängnisstrafen von zwei Monaten bis zu einem Jahre verurteilt worden. Gewalttätigkeiten sind nicht vorgekommen. Die Richter säen Wind und werden Sturm ernten. — Genosse Bod geht nunmehr auf das Verfahren selbst ein und stellt fest, daß im Fall von Neubaldensleben unter den Geschworenen kein einziger Arbeiter war,

„frei von Vorurteilen“ sind. Das Ganze ist ein Gemisch von sentimentaler Verlogenheit und so kindischer Unlogik, wie sie Erwachsene sich nicht leisten dürfen, wie sie aber Kinder sich nicht leisten können, weil sie dann Erwachsene wären, die jeden Sinn für kindische Naivität eingebüßt haben und sie durch Unfug zu erleben glauden. Viola Dana, das indische Mädchen, ist ein künstlerischer Geni, und ihr ist es zu danken, daß man den Sämannen über sich erheben läßt, ohne verstimmt zu werden.

Bei Oswald gibt's: „Beirogene Verräter“, Erlebnis „aus dem Schwartzbuch eines Kriminalkommissars“. Es sind vier verschiedene Erlebnisse, jedes in einem Epitome erledigt. Durch solch ein Zusammenstellen der Materie ergibt sich logischer ihre Essenz, und dieser merkt man die Würdigkeit eher an, als wenn sie zu fünf oder mehr Akten zerbröckelt, also mit viel schwächerem Beweiswert ausgestattet wäre. Ein Beispiel: Außerhalb der Stadt hinarierende Soldaten verschleppen eine Tänzerin in ihr Lager. Einer will sie vergewaltigen, wird aber von außen, durchs Jettisch hindurch, von einem Dolchstoß getötet. Die Mordkommission nimmt den Freund der Tänzerin fest, und dieser gesteht, er hätte den Mord aus Eifersucht verübt. Nun, und — ? Nichts weiter! Das ist eben das ganze Erlebnis eines Kriminalkommissars, wenn's in einem Akt abgehandelt werden soll. In mehreren Akten wäre es nicht besser, es würde dann nur durch zahlreichere Verwicklungen den unfröhlichen Zuschauer zu weit verwirren, daß er es für besser hielt! Wenn aber ein Teil der Berliner Filmpresse sogar schon vom bloßen Einakter sich so verwirren läßt, daß sie ihn für aut erklärt, so beweist das nicht nur, daß der Einakter wenig taugt, sondern auch, daß jene Filmpresse nichts taugt.

Zum Schluss sei der Ufa für ihren Kulturfilm: „Schönheit auf dem Meeresgrund“ (Laurentienpalast) gedankt. Hier gibt's wirklich Schönheit zu sehen, mehr als bei von Pharaonen und Maharadschen ausgehen kann, und sie ist außerdem mit so viel Liebe und Sachkenntnis eingefangen, daß ein Gefühl, wie man es sonst bei Kulturfilmen hat, nämlich: sie seien nur zur Abwechslung „höher“ Forderungen oder als Programmfüller zurechtgeschickert, hier nicht aufkommt. Das Publikum empfand das ganz aut und dencist es in Verkaufstürmen, womit es zugleich die Behauptung, Reizfilme müßten immer langweilig sein, glänzend widerlegte!

Dobio Koffer.

Melos-Kammermusik. In der Musik des jungen Spaniers Philipp Jarnach ist südindisches Blut, französische Schule und deutsche Kunstausfassung aufs glücklichste gemischt. Solche Kreuzung nationaler Elemente bewirkt naturgemäß größere Mannigfaltigkeit der inneren Beziehungen zur Außenwelt (worauf es beim Schaffenden nun einmal vor allen Dingen ankommt), Welte des Horizonts, Freiheit und Selbstigkeit des Gehaltens, und bewahrt den Künstler, gerade

dagegen aber neun Kriegervereiner. Dann dürfen die gefälligen Urteile nicht wunder nehmen. Wir verlangen Wahl der Richter durch das Volk!

Als Genosse Bod die Richter, die solche Urteile fällen, als Lumpen bezeichnet, wird er zur Ordnung gerufen. Genosse Bod schließt mit den Worten: Machen Sie wieder aut, was Sie am Proletariat gesündigt haben. Schiden Sie das Proletariat nicht ins Juchhäns für ihre Ideale. Den Arbeitern aber rufe ich zu: Laßt die Gefühle, die diese Justizhande auslöst, wachsen zum Sturm! Dann kommt die Zeit, in der ihr nicht mehr leiden werdet. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Menzel (SPD) geht auf die Zustände in den Gefängnissen ein.

Ein Regierungsvertreter bedauert, daß der Abgeordnete Menzel das Recht, Gefängnisse besuchen zu dürfen, dazu benutzt, um die Fülle im Parlament vorzubringen, statt dem Ministerium davon Kenntnis zu geben. (Unruhe links.)

Abg. Rosenfeld (SPD) kritisiert u. a. scharf das Bestreben der Richter, den Eid noch immer in der religiösen Form abzunehmen.

Abg. Delesch (D. Sp.) wendet sich gegen die Konkurrenz, die die Gefängnisse den Privatunternehmern machen.

Abg. Wegner-Magdeburg (D. Sp.): In Magdeburg sind die Arbeiter zu Recht verurteilt worden.

Bei Schluss des Berichtes dauert die Sitzung noch an.

## Eine unübertreffliche Behörde

Nur böse Menschen vermögen unseren Steuerbehörden nachzusagen, daß sie in der Vertreibung der Steuern lag seien und der Steuerdrücker Vorbehalt leisten. Dem Finanzamt in Pforzheim (Baden) kann ein derartiger Vorwurf sicher nicht gemacht werden, wie der nachfolgende Fall beweist. Während der Ostertage sprach Gen. Breitscheid in Berlin in verschiedenen badischen Städten, so auch in Pforzheim. Kaumwehr, etliche Wochen nach der Versammlung, erhielt der Ortsleiter der USP in Pforzheim von dem dortigen Finanzamt eine Vorkaufsbeilage, die unter Bezugnahme auf § 46 Abs. 6 des Einkommensteuergesetzes, folgende Bescheid beigefügt war:

„Ueber die Vergütungen (ohne jeglichen Abzug) und die einbehaltenen Steuerbeiträge ist uns unter Vernehmung der antliegendem Vordrucke Mitteilung zu machen innerhalb fünf Tagen. Dieses Verfahren ist für alle künftigen Vergütungen einzuhaltend. Die Vorkaufsliste über die Vergütung des Reichstagsabgeordneten Rudolf Breitscheid, Berlin, für den Vortrag vom 20. April 1922 ist anhier einzureichen.“

Weiter wird beigefügt, daß für alle Vortragenden oder bei Vorfahrungen mitwirkenden Personen Steuermarken zu kleben sind.

Womit Baden seinen Ruf als „Musterlande“ wieder einmal gerechtfertigt hat.

## Schutz dem Walde

Um dem planlosen Abholzen und dem Raubbau am Bestande unserer Wälder Einhalt zu gebieten, hat unsere Landtagsfraktion folgenden Antrag in preussischen Landtag eingebracht:

„Die Staatsregierung wird ersucht, 1. sofort Maßnahmen zu treffen, um der weiteren Vermüftung der Waldbestände so schnell wie möglich Einhalt zu tun! 2. dem Landtage beizuliegen den versprochenen Forstkulturgesetzentwurf vorzuliegen.“

Sie verschließen alles. In Konstanz wurde ein gewisser Nikolaus Wablbacher, Inhaber einer Milchbrunnstalt verhaftet. Er hatte mit einiam Hefern Fischbruten und mehrere Hundert Jentner Fisch im Gesamtwerte von 2 Millionen Mark nach der Schweiz verschoben. Außerdem ist die konstanzer Behörde noch einigen Wablbacher zu mnen auf die Spur gekommen, die Bächer im Werte von mehreren Millionen Mark nach der Schweiz verschoben haben

## Filmchau

Ueber die Filmoperette: „Miß Venus“ schrieb ich vor einiger Zeit: „Was aus der gewaltsamen Vereinigung herauskommt, ist nicht Film, nicht Operette. Es ist, wie wenn man während einer Operettenvorstellung die Vorgänge auf der Bühne farbete und sie dann auf der Leinwand vorführte mit all den Einzelheiten und Längen, die durch den lebendigen Vortrag bedingt und motiviert waren, die aber bei rollenden Photographien unerträglich sind. Sie bleiben auch dann unerträglich, wenn irgendwo neben der Leinwand Männer- oder Frauengefangensvereine oder Solisten vokalisieren, die je nach der Mundstellung der Filmschauspieler Töne von sich geben.“

Nach langweiliger ist die Filmoper: „Jenseits des Stroms“ (in der Alhambra). Wenden wir die Aufmerksamkeit den Bildreihen zu, dann sehen wir photographierte Operngestalten mit aufersehenen Männern in einer Pose, als ob sie ausgehen, während andere dazu singen. Unsinn wir aber dem Gesange, der von unsichtbarer Stelle her vorredet, was also schon seine Wirkung beeinträchtigt, dann erkohnt unsere Konzentration gleichfalls, weil doch der vorbereitende Film und wieder ablenkt. Ludwig Czerny meint es mit seinen Bestrebungen, den Film zu veredeln, gewiß ernstlich. Er schaut keine Arbeit und keine Kosten, läßt die Musik von Ferdinand Hummel schreiben, die Notenschrift läßt nach dem von ihm erkundeten „Notensystem“ unter jeder Filmszene und hält so die in der Reihe aufgestellten Sänger und Sängerinnen im Rhythmus der Bilder. Man möchte einem Mann, der so viel Mühe und Geld opfert, obwohl er weiß, daß der Erfolg seines Werkes, da nur wenige Kinos es auführen können, weit geringer werden muß als etwa der eines billigen Detektivfilms, einem solchen Mann möchte man nicht wehnen. Aber gerade deshalb sollte man ihn um so nachdrücklicher darauf aufmerksam machen, daß er vom rechten Wee abtritt!

Am Vorführungsdramm der Bayerischen Filmgesellschaft sah ich die ersten zwei Akte vom „Schwarzen Kruzer“. Sie weisen schöne Winterlandschaften auf und eine Handlung, die nirgendwo an Spannung nachläßt, die aber dafür von unbeschreiblicher Komik mehrfach unterbrochen wird. Und Harry Viel, der Hauptdarsteller, wird an Schauspielkunst nicht nur von seinen beiden Hunden, sondern sogar von den Epitodenpieler, so leicht die meisten auch sind, übertroffen. Ein neuer Amerikaner: „Am Reich des weißen Elefanten“ (Laurentienpalast) behandelt eine Häubergeschichte aus Indien. Der heiratet ein englischer Offizier ein indisches Mädchen, er läßt sie siben, fährt nach Ceyland zurück, wo er sich handlungsmäßig verhalten will, aber die Indianer war ihm nachgegriff, beweiß ihm durch einen Selbstmordversuch, wie würdig sie seiner hoch höchsten wertvollen Liebe sei, und folat er ihr nach Indien, wo die Menschen angeblich

auch den fortschrittlich orientierten, vor formalistischem, einseitig verkommenem Realismus, der eben unfruchtbar, ebenso trocken und obz so sein pflegt wie bornierterste Miltständigheit. Daß Jarnach auf der anderen Seite der Gefahr internationaler Glätte und Verblödenheit nicht erlieet, beweisen die Werke, die wir am letzten Melosabend dieses Konzerts wintere gehört haben (jedes zweimal dank dem hier eingeführten Brauch): das Streichquintett op. 10, das Pambino und seine bewährten Genossen mit unerschütterlicher Stetigkeit spielten, und Mini Nader op. 15, nach Zeichnungen von Rainer, Maria Rilke, Stefan George, Heinrich Heine und aus „Des Knaben Wunderhorn“, für deren Uraufführung, vom Komponisten persönlich am Flügel begleitet, Wilhelm Gut in a n a n n e schöne Mittel und seine seltene Miltalität einsetzte. Mehr als die Gesänge, deren Stärke wohl nicht eigentlich im liebhaft Unrischen liegt — gana balladestil Miltet, von eindringlichster Wirkung war „Der wunde Ritter“ — noch mehr regte das Quintett, ein groß und schön angelegtes, in der Fülle interessanter Einzelheiten von der ersten bis zur letzten Note fesselndes Variationenwerk die persönliche Eigenart und das ungewöhnliche Können des Komponisten, dessen ursprüngliche kammermusikalische Begabung dann außer Zweifel steht. Und solche echt kammermusikalische Begabung scheint Zeichen einer neuen Zeit (nebenbei bemerkt nicht das schlechteste) zu sein. Man beginnt das Straußschen Druhezerbumsch, des aberströmischen Orchesterinflus überdrüssig zu werden. Und nicht jeder, der etwas zu sagen hat, bedarf, um sich auszudrücken, eines wahrlichen Riesensapparat. Ernste Selbstbestimmung, Selbstbeschränkung, Selbstsucht wird sichtbar, der Geist kammermusikalischer Anapheit, Kortheit, Straffheit nach Jahrzehnten vordringlich lauter Druhezerbumschaffheit, die Unvermögen aeräufschall zu verhalten sucht. Wir haben nun von der strengeren Kunst dieser Jungen und Jüngsten (unter denen Hindemith) in Jarnach wir am meisten zu versprechen scheinen) in planvoller Auswahl charakteristische Beispiele kennen gelernt, und die Reihe der Beispiele schließt sich zum Teilbild: dafür müssen wir dem künstlerischen Führer der Melos-Gemeinschaft Fritz Böhndorf danken. Aber wir dürfen hoffen, daß er durch Berl. am dem die „Neue Musikgesellschaft“ und der „Aubrod“ seitern müßten, mit besserem Verständnis und glücklicherem Geschick weiterzuführen wird.

Kam Pringsheim

## Tages-Notizen.

Großes Schauspieltaus. Das Abonnement auf die nächste Spielzeit, daß bis Ende des Monats im Konzertsaal beginnt, ist überaus beliebt; mehrere Tausende des Publikums können infolgedessen nicht mehr beachtet werden.

300. Geburtsabend. Mittwoch, 7. Uhr. findet in der Ausgabestellung „Der Druher“, Goldener Straße 108a, der 300. Geburtstag statt. — Anhalt Wilhelm wird am seinem Programm die erfolgreichsten Vorträge der Epitodenpieler vortragen, u. a. August Strauß: Die Menschheit, verweist Wahlen hieß eigene Kompositionen.

# Groß-Berlin

## Berliner Stadtverordnetenversammlung

Sitzung vom 21. Mai 1922.

In der gestrigen außerordentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordneten wurde die erste Beratung des Stadtbauplanes zu Ende geführt.

Der Demokrat Menzen vertrat die Ansicht, daß aus den ästhetischen Gründen ein Großgrundbesitzer ungesähter Millionen herausgemittelt werden könne. Durch Tarifverträge könne die Straßenbahn nicht soniert werden. Im allgemeinen bestünde sich der Magistrat mit seiner Politik auf dem richtigen Wege.

Müller-Krause (Wirtsch. Sp.) wandte sich in nachdrücklicher Form gegen das Aufsichtige Amt, das unbedarbt nachlässigen Aufsichtsbefehl für Berlin erteilt. Diese Tatsache und Wohnungsbedingungen würden die Wohnungsnot verschärfen. Der Redner verlangte dann für die künftigen Werke eine verschärfte Arbeitsdisziplin, andernfalls würde dem Magistrat die Werke aus der Hand gleiten.

Der Zentrumredner, Lange, forderte die Ausbreitung des christlichen Charakters der Schulen. Natürlich wandte sich dieser Redner gegen Oberstadtschulrat Paulsen.

Der Redner der Durchhalter beschloß der Durchhalter Anwesenheit. Er hielt eine seiner sattem bekannten Antisemitentenden.

Mit einer ganzen Serie von Vorlagen wurde der Etat dem Staatsrat überwiehen.

Ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion, der die sofortige Auszahlung eines Vorlaufes von 800 Mark an die Güter- und Fortarbeiter forderte, die am 1. April ihren Wohnnachschuß erhalten haben, konnte nicht zur Verhandlung kommen, weil die sonst von Arbeiterfreundlichkeit tiefenden Bürgerlichen der Dringlichkeit des Antrages widersprachen.

Eine Vorlage, betr. Entlassung des Nachrichtens der Stadt Berlin wurde einem Ausschusse überwiehen, nachdem Genosse Dr. Wehl das Nachrichtenamt der Stadt Berlin einer berechtigten Kritik unterworfen hatte.

Die Vorlage über die Schaffung weiterer Spielplätze (auf dem Domänensplatz, in der Wuhlschloß, Jungfern- und in Plöbensee, Weichensee und Giesendamm), die etwa 2 Millionen Mark erfordert, wurde von dem Redner unserer Fraktion, Genossen Schmidt, begründet. Er gab der Erwartung Raum, daß die Schaffung von Spiel- und Erholungsplätzen damit nicht ihren Abschluß gefunden habe. Der Vorlage wurde nach längerer Aussprache zugestimmt.

Über die Vorlage betr. Gewährung von Zuschüssen an die Privatanlagen und privaten Mädchenschulen entspann sich eine längere Diskussion, in die Genosse Dr. Weissenstein wiederholt eintrifft. Er wandte sich gegen die Zuschüsse, solange vom Staat Zuschüsse für Schulen angenommen würden, durch deren Annahme das Selbstverwaltungsrecht der Kommune eingeschränkt werde. Die außerordentliche Notlage der Lehrkräfte, die Ausnahmestellung der privaten Internatschulen seien, erkannte unser Redner an, er wies aber auch nachdrücklich darauf hin, daß gerade die Bürgerlichen für diese Notlage verantwortlich seien. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der geschlossenen Linken angenommen.

Nach Erledigung einer Anzahl kleiner Vorlagen wurde die öffentliche Sitzung um 9.30 Uhr geschlossen.

### Der Terror der Bürgerlichen in der Berliner Schuldeputation

Die sozialistischen Mitglieder der Alt-Berliner Schuldeputation (für die Verwaltungsbezirke 1-6) haben sich gestern (Dienstag) gezwungen, durch Verlassen des Sitzungssaals die Beschlußfähigkeit herbeizuführen. Es sollten für die Schulen, für die die Rektoren wählen nicht bestärkt worden sind, neue Wahlen vorgenommen werden. Alle von sozialistischer Seite gestellten Anträge, die eine sachgemäße Vorbereitung der Neuwahlen bezweckten, wurden gestrichen von den Bürgerlichen mit Hilfe der drei Rektoren und den von der Resolution gewählten Bürgerdeputierten niedergestimmt. Sie wollten weder von den Vertretern der Bezirksämter die Begründung ihrer Verschüsse hören, noch wollten sie die Wahlen verschieben, bis man aus den Verhandlungen des Landtags die Gründe für die Verlegung der Bestätigung erfahren hätte. Nach der Vorschlag, zwei Kandidaten den Bezirksämtern zu empfehlen, wurde abgesehen, weil man fürchte, auch ein Sozialist könnte vorgeschlagen werden. Als die Bürgerlichen die Bestätigung der Bezirksämter damit entschuldigend, die hätten sich bei der Wahl in verschiedenen Fällen über die Vorschläge der Deputation hinwegsetzen könnten, ließen sie sich sagen lassen, daß das bürgerliche Bezirksamt Tiergarten damit den Anfang gemacht hätte, um die Wahl einer Sozialistin zu hintertreiben, gegen die steht der vorkommende Wahlrechtsbeschränkung trotz seiner vielen bei Reaktionskreisen eingetragenen Erbitterungen nicht das geringste einzuwenden konnte.

Glücklicherweise kam dies für die Elternratswahl am 28. Mai. Bist Ihr die Parteipolitik der Schule fernhalten, wählt die vereinigte Liste der SPD, USPD, und GPD.

### Kinderhilfe der Berliner Arbeiterschaft

In dem von uns veröffentlichten Aufruf der Arbeiterschaft Berliner Kinderfreunde teilen wir noch mit, daß Spenden für diesen Zweck auch an den Bezirksverband USPD, Berlin-Brandenburg, Richard Verh. Breite Straße 2-A, Postfach-Ronto Nr. 104.560 eingeworfen werden können. Wir bitten unsere Genossen, Leser und Freunde unseres Blattes dafür zu sorgen, daß durch reichlich fließende Mittel die so notwendige Arbeit für unsere Kinder in Angriff genommen werden kann. Über die eingegangenen Beträge wird laufend in der „Freiheit“ quittiert.

### Theatervorstellung des Neuköllner Volksbildungsausschusses

Am Sonntag, den 11. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im Staatlichen Schauspielhaus, Gendarmenmarkt, auf vielfachen Wunsch eine nochmalige Vorstellung statt. Zur Unterstützung Gustav Freytags „Halsbeißer“." Posten für alle Plätze zum Einheitspreis von 50 M. sind in folgenden Verkaufsstellen bereits am Freitag, den 19. Mai d. J., erhältlich: Volksbildungsamt, Rathaus, Zimmer 27, Dresdenerstraße 11, Weltmanns, Kaiser-Friedrich-Str. 8, Stadtgeschäfts U, Herrmannstr. 15-16, Raibens Brück, Zimmer 6, Buchhandlung Jensen, Stutzgarter Straße 40. Am gleichen Tage wird auch

der Verkauf von Platanen für diejenigen Karten eröffnet, die aus der Verlosung auscheiden. Die Ausgabe dieser Anweisungen erfolgt im Büro des Volksbildungsamtes, Zimmer 27, von 9 bis 2 Uhr. Die Preise für diese Plätze betragen: 1. Rangloge 20,50 M., Orchesterloge 20,50 Mark, 1. Rang-Sessel 18,50 M., Parkettsessel 16,50 M., Parkett 14,50 M.

### Merkblatt für die Elternratswahlen

Genossen, die im Wahlvorstand als Wahlvorsteher, Schriftführer oder Beisitzer tätig sind, haben folgende Bestimmungen der Wahlordnung für Elternratswahlen vom 12. April 1922 und der Wahlordnung für öffentliche Wahlen (Reichsgesetzblatt S. 118, S. 1353) zu beachten:

Der Tisch, an dem der Wahlvorstand Platz nimmt, ist so aufzustellen, daß er von allen Seiten zugänglich ist.

Der Wahlvorsteher eröffnet die Wahlhandlung, indem er verpflichtet und Schriftführer durch Handschlag an Eidstatt verpflichtet, die Wahlordnung gewissenhaft zu befolgen. Wahlordnung auf dem Tisch anlegen.

Vor Beginn der Wahlhandlung die Urne öffnen, den inneren Teil zeigen, dann verschließen und vor Schluß der Wahlhandlung nicht wieder öffnen.

Zu keiner Zeit der Wahlhandlung dürfen weniger als 3 Mitglieder des Wahlvorstandes gegenwärtig sein. Wahlvorsteher und Schriftführer dürfen sich während der Wahl nicht gleichzeitig erheben.

Wahlvorsteher und Beisitzer haben darauf zu achten, daß jeder Wähler den Stimmzettel unbedacht in den Umschlag steckt.

Der Wähler geht mit seinem Umschlag, der den Wahlzettel enthält, an den Wahlort, nennt seinen Namen und seine Wohnung und zeigt seinen Ausweis vor. Der Schriftführer hält den Namen in der Wählerliste fest. Der Wähler übergibt den Umschlag dem Wahlvorsteher, der ihn in die Urne wirft. Stimmzettel zurückweisen, die nicht im vorchriftsmäßigen Wahlumschlag stecken, oder deren Umschlag ein Kennzeichen trägt.

Der Schriftführer vermerkt die Abstimmung durch ein Kreuz hinter dem Namen.

Bei der Auszählung nach erfolgter Wahl führt der Schriftführer eine Stimmzettel und zählt dabei laut die Stimmen. Von einem Beisitzer wird eine Gegenliste geführt.

Die Beisitzer vertreten den Schriftführer, einer von ihnen führt beim Auszählen die Gegenliste.

Wahlzeit 10-6 Uhr.

Der Wahlvorstand hat darauf zu achten, daß nach der festgesetzten Wahlzeit nur noch die Wähler zur Abgabe der Stimmzettel zugelassen werden, die bis zu dieser Zeit schon im Wahlraum anwesend waren.

Hat der letzte Wähler seine Stimme abgegeben, so schließt der Wahlvorsteher die Wahlhandlung.

Nach Schluß der Abstimmung werden die Umschläge aus der Urne genommen und zunächst unvermerkt gezählt.

Vergleich mit dem Abstimmungsvermerk. Wenn nicht mit amtlichen Wahlumschlägen gewählt wird, müssen die Stimmzettel gleich groß und weiß sein. Die vom sozialistischen Wahlkreis abgegebenen Stimmzettel haben das amtlich vorgeschriebene Format. Die Stimmzettel müssen eine der Kandidatenlisten genau bezeichnen. Kein Kandidat darf gleichzeitig auf zwei Listen stehen. Stimmzettel ungültig, wenn sie nicht auf eine der öffentlich bekanntgemachten Kandidatenlisten lauten. Ebenso abgeänderte Stimmzettel.

Wahlergebnis sofort nach beendeter Wahl in öffentlicher Sitzung feststellen und in geeigneter Weise veröffentlichen. Bei Ermittlung der auf jede Kandidatenliste nach dem Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen entfallenden Mandate findet § 51 der Wahlordnung für die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 sinngemäße Anwendung.

§ 51 lautet: Die auf die Wahlvorschläge entfallenden Stimmenzahlen werden nacheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt, bis von den sich hierbei ergebenden Teilzahlen so viele Höchstzahlen der Größe nach ausgesondert werden können, wie Abgeordnete zu wählen sind. Jeder Wahlvorschlag erhält soviel Abgeordnetenstimme wie Höchstzahl entfallen. — Wenn die an letzter Stelle stehende Höchstzahl auf mehrere Wahlvorschläge zugleich entfällt, entscheidet das Los.

Die Namen der Gewählten sind dem Schulleiter mitzuteilen. Sämtliche Mitglieder des Wahlvorstandes unterschreiben das Wahlprotokoll.

Der Wahlvorsteher besitzt im Wahllokal das Hausrecht.

### Beispiel für Auszählung

In einer Schule sind 16 Elternratswahlen zu wählen. Es sind drei Listen eingereicht. Von den abgegebenen Stimmen entfallen auf:

Abgegebene Stimmen:	Liste I	Liste II	Liste III
068 (1)	429 (2)	87 (12)	
331 (5)	214 (3)	43,5	
221 (3)	148 (2)	29	
105,75 (0)	107,25 (1)	21,75	
132,00 (0)	85,3 (1)	17,4	
110,5 (0)	71,5 (1)	14,5	
94,7 (1)	61,28	12,42	
82,57 (1)	50,62	10,87	
73,5 (1)	47,5	9,50	
68,3	42,9	8,7	
60,27	39	7,9	

Die Anzahl der für jede Liste abgegebenen Stimmen ist in vorstehendem Beispiel durch die Zahlen 1-11 geteilt worden. Die eingeklammerten Zahlen geben an, wie die Kandidaten der Reihe nach auf die einzelnen Listen zu verteilen sind. Liste III erhält also nur einen Kandidaten.

Die Ergebnisse der Wahl in jeder Schule sind sofort an den Wahlort jedes Verwaltungsbezirks zu melden. Diese haben sofort die Resultate an den Zentralausgang (Breite Str. 8/9, Telefon Zentrum 15220, Genosse Schent) weiterzugeben.

### Veranstaltungen

Mittwoch, den 21. Mai.

16. Verwaltungsbezirk (Wondsdorf). Um rege Beteiligung der Genossen der Jungblutvorkämpfer zur Elternratswahl am 27. Mai, die im Kulturhaus, Paradiesstr. 11, wird erlitten.

Neukölln. Elternversammlung Abrecht-Därer-Überrealfschule, abends 8 Uhr, im Schützenhaus zum Kärnerpark, Rogasstr. 50. Alle Eltern, deren Kinder obige Schule besuchen und auf freizeithilflichem Boden stehen, sind eingeladen.

Weichensee. Abends 7 Uhr im Gesangsaal des Realschulsaals: Funktionärsversammlung und Familienrat aller Genossen, die Anteil haben, als Wahlberechtigte, Flugzettelersteller, zu den Elternratswahlen mit zu wirken.

Freitag, den 27. Mai.

11. Bezirk, 8. Abteilung. Freitag, abends 8 Uhr öffentliche Elternversammlung im Germania-Saal, Verlängerter Carmen-Byla-Straße. Es ist Pflicht aller Genossen, pünktlich zu der Versammlung zu erscheinen.

Brick. Abends 8 Uhr im großen Saale von Raddag, Chausseest. 88, große öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: Ein letztes Wort zu den bevorstehenden Elternratswahlen. Redner aller drei Parteien werden sprechen. Die Genossen sind verpflichtet zu erscheinen und für die Versammlung mündlich zu agitieren.

Copenick. Öffentliche Versammlung, abends 7 Uhr, im der Aula der Köbner-Schule. Tagesordnung: Die bevorstehenden Elternratswahlen. Parteigenossen, sorgt für Massenbesuch.

### Mieterschutz für Hausreiniger

Der Wechsel in Partierstellen und die Zwangsäumung von Partierwohnungen ist in Groß-Berlin recht häufig. In kein Mietvertrag abgeschlossen, sondern nur ein Arbeitsvertrag abgeschlossen, so kann der Arbeitsvertrag und damit die überlassene freie Wohnung, die oft nur ein kleines Loch ist, alle 14 Tage gegeben werden. Der Aummungsklage wird gewöhnlich stattgegeben, wenn außer dem Wirt auch nur einige Mieter mit den Leistungen des Partiers nicht zufrieden sind.

In Berlin-Niederbarnheide sollte eine mit ihrer Häufigen Tochter alleinlebende Partierfrau M., die tagüber noch in einer Fabrik arbeitete, da sie von dem ganz geringen Partierlohn selbstverständlich nicht leben konnte, exmitiert werden, weil infolge der Fabrikarbeit die Hausreinigung angeblich mangelhaft war. Das Wohnungsamt erklärte der geängstigten Frau schriftlich, es bestehe keine Aussicht, in absehbarer Zeit eine Wohnung zuweisen zu können. Frau M. sollte weiteres Nachsuchen unterlassen und dem Wohnungsamt unnötige Arbeit ersparen. Der Gerichtsvollzieher schrieb nach kurzer Aummungsklage: „Ich kann die Sache nicht mehr länger aufschieben, stelle anheim, Ihre Sachen bei Bekannten unterzustellen und vorläufig in Schlafstelle zu wohnen.“ Das ist ein billiger Rat und außerdem ein unerlaubtes Verfahren. Die Zwangsäumung darf nicht eher erfolgen, als bis durch das Wohnungsamt eine andere Wohnung, die den Anforderungen entspricht, zugewiesen ist. Erst als die Angelegenheit an die Öffentlichkeit gebracht war, wurde der Gerichtsvollzieher vom Wohnungsamt angewiesen, von der Zwangsäumung Abstand zu nehmen.

Die Frau soll nun nach dem verächtlichen Paradenlager in Aldershof, das man wohlhabenden Ausländern, die eine Wohnung suchen, nicht zu empfehlen pflegt.

### Schulggesundheitspflege in Neukölln

Die während der letzten Jahre allgemein beobachtete Förderung der großstädtischen Schulgesundheitspflege hat im Verwaltungsbezirk Neukölln, der an sich ein erhebliches Kontingent der Volksschulen Groß-Berlins stellt, weiterhin namhafte praktische Erfolge erzielt, insbesondere aber weitestgehende Anerkennung in der Elternwelt gefunden. Allgemein hat sich die erfreuliche Tatsache ergeben, daß eine gründliche Ablehnung der ärztlichen erzieherischen Maßnahmen nur in den seltensten Fällen stattgefunden hat. Eine Umkehrung bzw. Verschleppung der ärztlichen Vorschriften ist zum Glück nur auf dem Krämpfersorgegebiet erlitten Gebiet Gegenstand der Bekämpfung gewesen, namentlich, wenn die Durchführung spezialärztlicher Operationen oder langfristige ambulante Behandlung in Aussicht genommen war. Auf Anordnung der Schulräte wurden während des letzten Jahres (April 1921/März 1922) insgesamt 5429 Kinder einer spezialärztlichen Untersuchung angeführt, und zwar waren es hauptsächlich orthopädisch zu behandelnde Kinder, denen zu ihrer Behandlung fachärztliche Behandlung bzw. orthopädischer Turnunterricht zur Verfügung wurde. Am liebsten erkrankten sich die spezialärztlichen Untersuchungen auf Hals-, Rosen-, Oren- (1205), Augen- (900) sowie Hautkrankheiten (1102).

### Die Verjüngungskuren des Wahrfagers

In das Reich des höchsten Übermaßens leuchtete wieder einmal eine Verhandlung hinein, welche einem der Strafhammer des Landgerichts I beschickte. Wegen Betruges in zahlreichen Fällen war der Wahrfager und Parolenleger Anwalt Konka aus Norderbera angeklagt. — Der Angeklagte, der sich früher als Gärtner, Dachdecker und Bauarbeiter betätigt hatte, betriebe seit einigen Jahren das nachhaltigere Gewerbe eines Wahrfagers. Seine Täuferei war in drei Spezialgebieten eingeteilt: Fernsuggestion, Horoskopstellung und Verjüngungskuren. Bezüglich der Fernsuggestion gestand er sich die Betrieb folgende machen: Inmeist handelte es sich um Ehepaare, die auseinandergekommen waren, und um Liebende, die gern zusammenkommen wollten. Der Angeklagte nahm den weiblichen Weiberinnen, die derartige Wünsche hatten, die Photogramme des weiblichen und männlichen Teils ab und sandte sie an die „Andische Loge zur Wahrheit“, deren Leiter ein angeblicher Professor Simens in Leipzig war. Dieser „behandelte“ dann den weiblichen Teil durch Fernsuggestion, jedoch leider ohne Erfolg. In engerer Zusammenhänge hiermit stand die „Edelmann“, der älteren Gemannner einer Reihe von Frauen, denen durch die Fernsuggestion das jauchende Liebesfeuer nicht beizubringen gewesen war. In diesen Fällen handelte der Angeklagte den Liebesbedürfnisse Frauen eine Art Aphrodisiakum, welches den Namen „Edelmann“ trug, ein. Diese Bissen, die Konka für 12 Mark kaufte, mußten die liebesbedürftigen Frauen mit 500 Mark bezahlen. Dafür erhielten sie selbst ein ähnliches Mittel mit dem Namen „Edelmann“, welches sie schlucken mußten. Die Wirkung war eine ebenso überraschende wie unbeabsichtigte. Während sich der Liebeshunger der weiblichen Ehegattinnen erbittert steigerte, trat bei ihren Ehemännern, denen sie die „Krankheiten“ heimlich unter das Essen mischte, die Wirkung derweil ein, daß sie noch öfter wie früher die halbe Nacht „stet spielen“ bzw. „schlaflos unterwand“ waren, da sich ihre künstlich erzeugte Liebesbetäubung auf längere weibliche Objekte richtete. — Schließlich stellte der angeklagte „Liebesdoktor“ auch das Desoxolol, indem er aus den künstlichen Bühren einfach das „aus den Sternen an lebende Schicksal“ abschießt. — Da der Geschäftsbetrieb des Angeklagten ein außerordentlich großer wurde, erlitt schließlich der Kriminalkommissar Lindenmann, der Leiter des Spezialbezirksrats zur Bekämpfung betrüglicher Verfahren, ein. — Das Gericht hielt den Angeklagten des Betruges in mehreren Fällen für schuldig und erkannte ihm Geldstrafe auf die Gemeinlandschaft seines Treibens, durch welches schon viel Unheil anrichtet worden sei, auf 9 Monaten Gefängnis.

### Der Strohprozeß wegen der Weibswirtin Hertud und Ernst Nagler

Der Strohprozeß wegen der Weibswirtin Hertud und Ernst Nagler, der seinerzeit so großes Aufsehen erregte, hat heute zu erneuter Verhandlung vor dem Landgericht des Landgerichts I an. Der auf schwere von Frau mit Todesstrafe laudenden Anklage steht die in raffiniertes Weis von Ernst Nagler inszenierte und von seiner Schwester und ihrem Cousin, dem Drogerien Wilhelm Bod, ausgeführte Veranbarung und Tötung des Kaufmanns Paul Wolfner zugrunde, die am 22. Juni 1920 im Hotel „Münchener Hof“ in der Mühlgräber Straße stattgefunden hat. Wie wohl noch erinnern, hatten sie Wolfner in das

